Ist der Marxismus zum Realismus verdammt?

Ende 1978 kam es zum Krieg zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und dem Demokratischen Kampuchea (Kambodscha). Wenige Wochen später griff die Volksrepublik China Vietnam an. In allen drei Staaten regierten kommunistische Parteien.

Wie lässt sich erklären, dass Staaten, deren regierende Parteien sich auf den Marxismus beriefen, Krieg gegeneinander führten? Sind die Interessengegensätze zwischen Staaten unabhängig von deren Gesellschaftsordnung? Und sind damit die Annahmen des politischen Realismus über die internationalen Beziehungen auch für Marxisten letztlich unausweichlich?

Der Politikwissenschaftler Pascal Lottaz hat diese Fragen in einem Vortrag über das Verhältnis von Marxismus und Realismus aufgegriffen. Im Rückgriff auf die Arbeiten von Andrew Davenport verweist er auf ein grundlegendes theoretisches Problem des Marxismus: Eine Theorie, die erklärt, welche Klasseninteressen das Handeln eines Staates bestimmen, erklärt damit noch nicht, warum die Menschheit überhaupt in eine Vielzahl eigenständiger Staaten gegliedert ist.

Aber muss man deshalb den theoretischen Ausgangspunkt von Marx aufgeben? Oder bietet die materialistische Geschichtsauffassung selbst Ansatzpunkte, um die Existenz eigenständiger politischer Gemeinwesen und deren Verhältnis zueinander zu erklären?

Der vorliegende Essay geht dieser Frage nach. Im Mittelpunkt steht das Wechselverhältnis zwischen der Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte und den Formen gesellschaftlicher Organisation.

1. Die Herausforderung

Warum ist die Menschheit in viele eigenständige politische Gemeinwesen gegliedert?

Die beiden Denktraditionen betrachten die Welt aus unterschiedlichen Perspektiven.

Für den politischen Realismus ist die Gliederung der Menschheit in eigenständige politische Gemeinwesen der Ausgangspunkt. Diese müssen ihre Existenz in einer Welt sichern, in der es keine ihnen übergeordnete politische Instanz gibt.

Im Zentrum der marxistischen Analyse stehen dagegen die gesellschaftlichen Produktions- und Klassenverhältnisse. Die Konflikte zwischen den Klassen verlaufen quer zu den Staatsgrenzen.

Die von Davenport untersuchten marxistischen Ansätze haben dieses Problem seiner Auffassung nach nicht befriedigend gelöst. Aber auch der Realismus erklärt die Existenz vieler politischer Gemeinwesen nicht. Er setzt sie voraus.

Die Frage ist von erheblicher Bedeutung. Denn wenn die Konflikte zwischen politischen Gemeinwesen zwangsläufig aus deren eigenständiger Existenz hervorgehen, wäre auch mit der Überwindung des Kapitalismus die Grundlage für diese Konflikte nicht beseitigt.

Marx und Engels haben sich jedoch nicht nur mit Klassenverhältnissen und unterschiedlichen Produktionsweisen beschäftigt, sondern auch mit den grundlegenden Bedingungen menschlicher Existenz. Vielleicht liegt hier ein Zugang zu der von Davenport aufgeworfenen Frage.

Der folgende Beitrag geht dieser Möglichkeit nach. Er entwickelt keine umfassende Staatstheorie und unternimmt auch keine historische Beweisführung. Er soll vielmehr einen Denkansatz zur Diskussion stellen, der verschiedene Dimensionen der Aufgabenstellung sichtbar macht. [1]

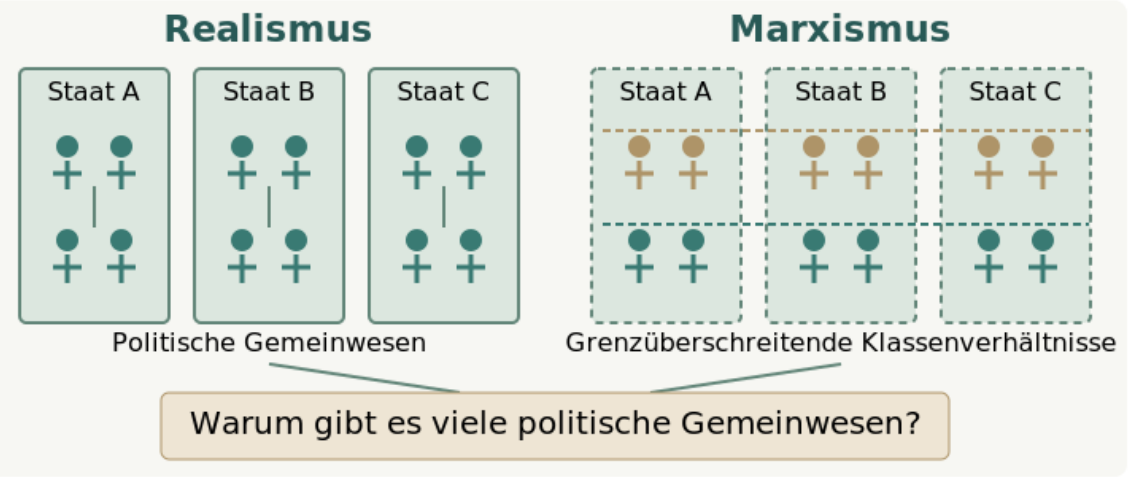


Abb. 1: Zwei Perspektiven auf dieselbe Welt

Damit stellt sich eine grundlegendere Frage: Warum müssen Menschen ihre Existenz überhaupt gesellschaftlich organisieren?

2. Die natürlichen Grundlagen gesellschaftlicher Organisation

Warum müssen Menschen ihre Existenz gesellschaftlich organisieren?

Der Mensch ist ein Teil der Natur. Wie alle Lebewesen ist er darauf angewiesen, seiner Umwelt Stoffe und Energie zu entnehmen, um seine Existenz zu sichern.

Was den Menschen auszeichnet, ist die Fähigkeit, seine natürlichen Existenzbedingungen durch bewusste, gesellschaftlich organisierte Arbeit in immer größerem Umfang zu verändern. Dabei verändert er nicht nur seine Umwelt, sondern auch sich selbst und die Gesellschaft, in der er lebt.

Marx bezeichnet die Arbeit als einen Prozess des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur.

Der australische politische Ökonom Warwick Powell greift diesen materiellen Zusammenhang auf und betrachtet menschliche Gesellschaften unter dem Gesichtspunkt der Thermodynamik.

Entropie ist eine physikalische Größe. Bei der Umwandlung von Energie, etwa beim Verbrennen von Brennstoffen, verteilt sich Energie zunehmend als Wärme und lässt sich weniger vollständig für weitere Arbeit nutzen. Nach dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik nimmt die Entropie eines isolierten Systems nicht ab. Lebende Systeme sind dagegen offene Systeme: Sie können ihre innere Ordnung nur erhalten, indem sie fortlaufend nutzbare Energie aufnehmen und Wärme und Stoffe an ihre Umwelt abgeben. Auch menschliche Gesellschaften müssen ihre materielle Reproduktion durch Arbeit, Technik und geeignete Institutionen immer wieder gewährleisten.

1 Davenport untersucht die politische Vielheit als theoretische Leerstelle marxistischer Ansätze. Lottaz greift diese Kontroverse auf. Der hier entwickelte Ansatz beansprucht nicht, Davenports Theorieproblem vollständig zu lösen.

Quellen: Andrew Davenport (2013), *Marxism in IR: Condemned to a Realist fate?*, European Journal of International Relations 19(1), 27–48, Originalaufsatz, insbesondere die Abschnitte „The challenge of Realism" und „Marxism and the political". Pascal Lottaz, Videobeitrag.



Abb. 2: Erhaltung materieller Ordnung in einem offenen System

Dieser Prozess muss ständig aufrechterhalten werden: Nahrung gewinnen, Arbeitsmittel herstellen, Kinder aufziehen und die natürlichen Existenzbedingungen sichern. In diesem Sinne ist die menschliche Existenz ein beständiger Kampf gegen die Entropie. Je effizienter die Ordnung erhalten wird, desto besser kann eine Gesellschaft überleben.

Je weiter sich die Arbeitsteilung entwickelt, desto mehr unterschiedliche Tätigkeiten müssen aufeinander abgestimmt werden. Die Menschen werden in ihrer Existenzsicherung immer stärker voneinander abhängig.

Gesellschaftliche Organisation ist somit nicht erst mit der Entstehung von Klassen und Herrschaftsverhältnissen notwendig geworden. Sie ergibt sich bereits aus der Art und Weise, wie Menschen ihre Existenz sichern.

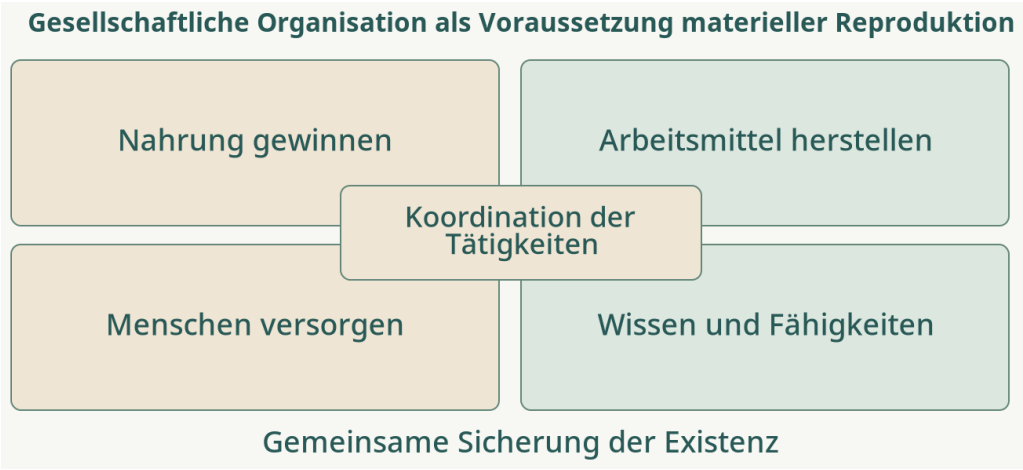


Abb. 3: Gesellschaftliche Organisation als Voraussetzung materieller Reproduktion

Powell betont, dass menschliche Gesellschaften darauf angewiesen sind, den Einsatz von Energie und materiellen Ressourcen wirksam zu organisieren. Dazu gehört auch die Herausbildung von Institutionen, die das Zusammenwirken der unterschiedlichen gesellschaftlichen Tätigkeiten gewährleisten.

Für die hier untersuchte Frage ist entscheidend: Gesellschaftliche Organisationsformen sind nicht beliebig. Sie müssen den materiellen Existenzbedingungen einer Gesellschaft gerecht werden.

Mit der Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten, des Wissens und der technischen Möglichkeiten – also der Produktivkräfte – verändern sich diese Bedingungen und damit auch die Anforderungen an die gesellschaftliche Organisation.

Das bedeutet nicht, dass sich aus bestimmten materiellen Bedingungen eine bestimmte Gesellschaftsordnung zwangsläufig ergibt. Es bedeutet aber, dass nicht jede Gesellschaftsordnung unter allen Bedingungen funktionsfähig ist.

Umgekehrt beeinflussen die gesellschaftlichen Organisationsformen auch die Entwicklung der Produktivkräfte. Sie können die Entwicklung menschlicher Fähigkeiten und technischer Möglichkeiten fördern, aber auch behindern. Es handelt sich also um ein Wechselverhältnis, das die Menschen durch ihr Handeln beeinflussen können.

Auch Gesellschaften, die durch Klassen- und Herrschaftsverhältnisse geprägt sind, können ihre materielle Reproduktion mehr oder weniger erfolgreich organisieren und die Produktivkräfte fördern oder behindern. Davon zu unterscheiden ist die Frage, in wessen Interesse diese Leistungen erbracht werden und wem ihre Ergebnisse zugutekommen.

Gesellschaftliche Organisation ist also eine grundlegende Bedingung menschlicher Existenz. [2]

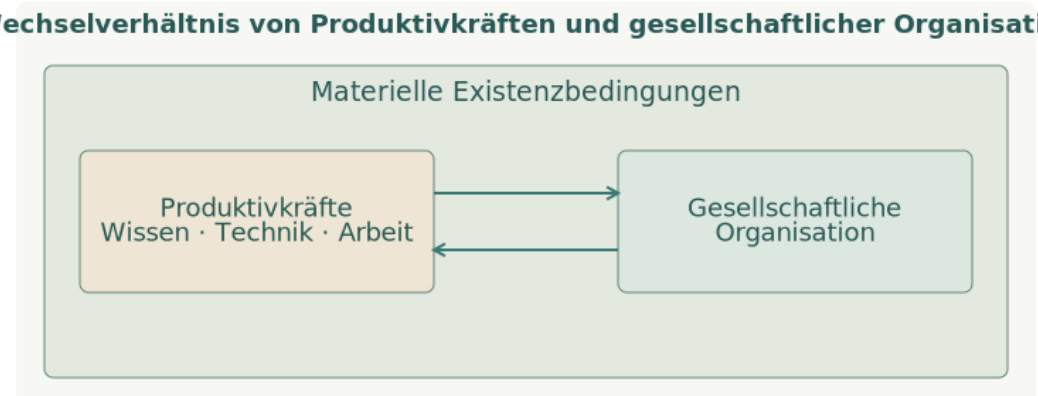


Abb. 4: Wechselverhältnis von Produktivkräften und gesellschaftlicher Organisation

Aber warum hat sich die Menschheit nicht als eine einzige Gesellschaft organisiert, sondern eine solche Vielfalt gesellschaftlicher Gemeinwesen hervorgebracht?

3. Die Vielfalt gesellschaftlicher Organisationsformen

Warum hat die Menschheit eine Vielfalt gesellschaftlicher Gemeinwesen hervorgebracht?

Über den größten Teil der Menschheitsgeschichte war die Sicherung der menschlichen Existenz unmittelbar an die natürlichen Bedingungen des jeweiligen Lebensraums gebunden.

Die Menschen mussten sich mit den Ressourcen, den klimatischen Bedingungen und den jahreszeitlichen Veränderungen ihrer Umwelt auseinandersetzen. Das gilt auch für Gemeinschaften, die nicht sesshaft waren. Ihre Lebensweise erforderte genaue Kenntnisse der natürlichen Bedingungen der Räume, in denen sie sich bewegten.

Die räumliche Gebundenheit der materiellen Reproduktion bietet einen ersten Ansatz zur Erklärung dafür, warum sich die Menschheit nicht als eine einzige Gesellschaft, sondern in vielen Gemeinschaften organisiert hat.

Diese Gemeinschaften entwickelten unterschiedliche Fähigkeiten, Kenntnisse, Arbeitsweisen und Formen des Zusammenlebens.

---

2 Engels untersucht die Rolle der Arbeit bei der Menschwerdung, Marx den Arbeitsprozess unabhängig von seiner gesellschaftlichen Form. Powell untersucht die Erhaltung materieller Ordnung in offenen Systemen durch Stoff- und Energieaustausch sowie deren institutionelle Voraussetzungen (negentropische Interventionen, S. 3); seine Wert- und Geldtheorie wird hier nicht übernommen.

Quellen: Friedrich Engels, *Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen*, MEW 20, S. 444 ff.; Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. I, MEW 23, Kap. 5, insbesondere S. 192–198; Warwick Powell (16. März 2026, Online-Datum), *Why I Wrote Thermoeconomics in a Time of Monsters*, Originalbeitrag auf Substack; vorliegende PDF-Fassung, S. 3–4.

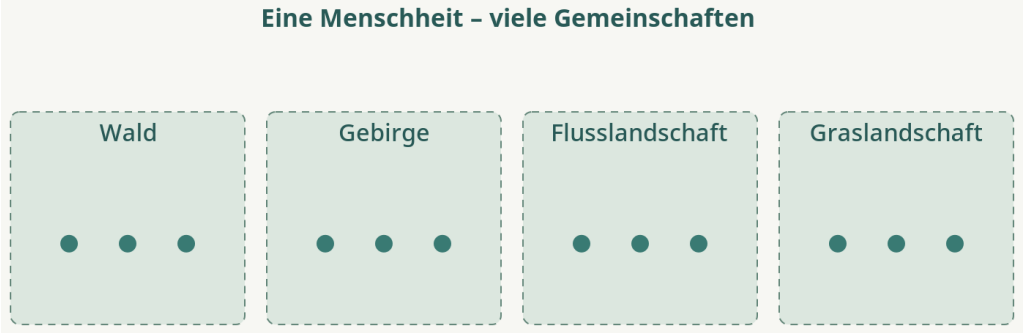


Abb. 5: Eine Menschheit – viele Gemeinschaften

Gesellschaftliche Vielfalt ist nicht allein durch die Natur bedingt

Die natürlichen Existenzbedingungen erklären jedoch noch nicht, warum Menschen bestimmte Formen gesellschaftlicher Organisation entwickelt haben.

Der Anthropologe David Graeber und der Archäologe David Wengrow haben in ihrem Buch *Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit* die erstaunliche Vielfalt gesellschaftlicher Organisationsformen herausgearbeitet.

Sie wenden sich gegen die Vorstellung, die Menschheit habe eine mehr oder weniger zwangsläufige Abfolge gesellschaftlicher Entwicklungsstufen durchlaufen: von kleinen egalitären Gemeinschaften über die Landwirtschaft und die Entstehung sozialer Hierarchien bis zur Herausbildung von Staaten.

Menschen haben vielmehr im Laufe ihrer Geschichte unterschiedliche Formen gesellschaftlicher Organisation erprobt, verändert und auch wieder aufgegeben.

Die Entwicklung der Landwirtschaft oder die Entstehung großer Siedlungen führte nicht zwangsläufig zur Herausbildung bestimmter Herrschaftsverhältnisse.

Die Menschen waren also nicht nur den Bedingungen ihrer Existenz unterworfen. Sie waren auch in der Lage, ihre gesellschaftlichen Verhältnisse bewusst zu gestalten.

Anschaulich wird dies an einem Beispiel, das Graeber und Wengrow anführen: Die Cheyenne und Lakota Nordamerikas bildeten für die gemeinsame Bisonjagd zeitweilig große, vergleichsweise autoritär organisierte Gemeinschaften. Nach Beendigung der gemeinsamen Aktivitäten kehrten sie zu weniger hierarchischen Organisationsformen zurück.

Dieselben Menschen konnten also unterschiedliche gesellschaftliche Ordnungen praktizieren, je nachdem, welche Aufgaben zu bewältigen waren.

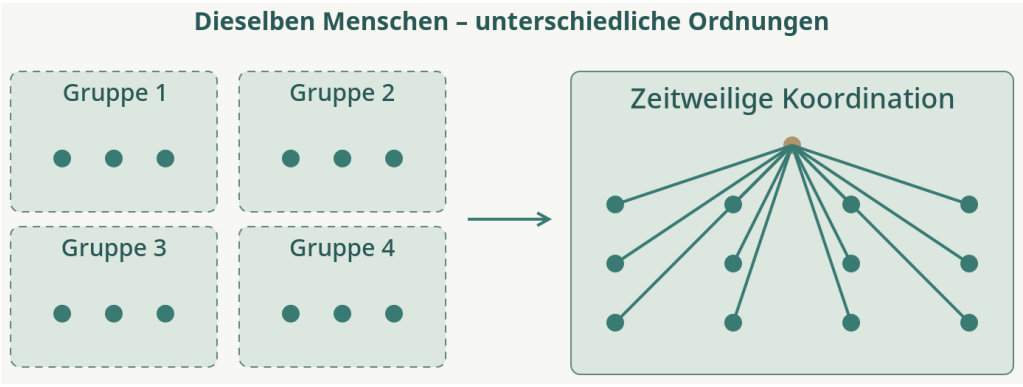


Abb. 6: Dieselben Menschen – unterschiedliche Ordnungen

Die gesellschaftlichen Organisationsmöglichkeiten sind dennoch nicht beliebig

Die von Graeber und Wengrow aufgezeigte Vielfalt steht nicht im Widerspruch zu dem Gedanken, dass gesellschaftliche Organisationsformen den materiellen Existenzbedingungen gerecht werden müssen.

Das Beispiel der gemeinsamen Bisonjagd macht diesen Zusammenhang besonders anschaulich. Die Bewältigung einer bestimmten gesellschaftlichen Aufgabe führte zeitweilig zur Veränderung der gesellschaftlichen Organisation.

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte entstehen neue gesellschaftliche Möglichkeiten, aber auch neue Aufgaben. Organisationsformen, die unter bestimmten Bedingungen funktioniert haben, können unter veränderten Bedingungen ihre Funktionalität verlieren.

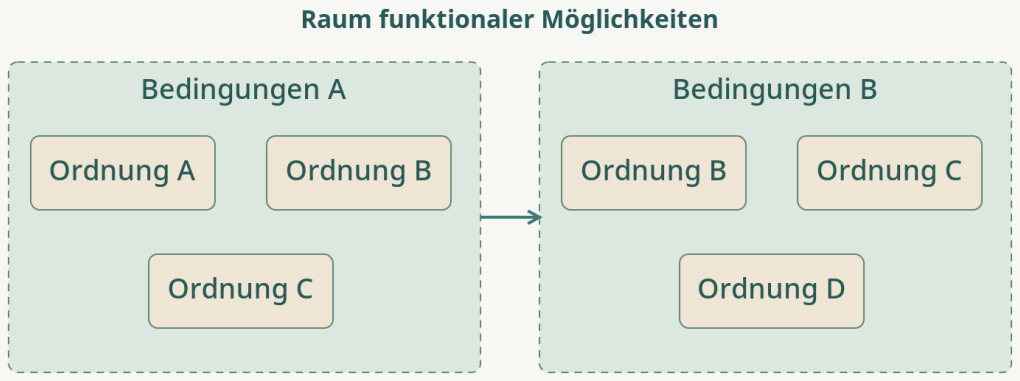


Abb. 7: Raum funktionaler Möglichkeiten

Gemeinschaften haben ein Innen und ein Außen

Wo Menschen ihre Existenz gemeinsam organisieren, entstehen Zugehörigkeiten. Es gibt Menschen, mit denen man den Alltag teilt, die gemeinsam bestimmte Aufgaben bewältigen und Verpflichtungen füreinander übernehmen. Aus solchen gemeinsamen Aufgaben und Verpflichtungen ergibt sich eine Unterscheidung zwischen den Angehörigen einer Gemeinschaft und den Menschen außerhalb dieser Gemeinschaft.

Aber menschliche Gemeinschaften waren nie vollständig voneinander abgeschottet. Menschen haben ihre Lebensräume verlassen, Wissen und Güter ausgetauscht, sich mit anderen Gemeinschaften verbunden, aber auch Kriege geführt und andere Gemeinschaften unterworfen.

Kooperation und Konkurrenz gibt es sowohl innerhalb als auch zwischen Gemeinschaften.

	Innerhalb von Gemeinschaften	**Zwischen Gemeinschaften**
Kooperation	Arbeitsteilung, gegenseitige Unterstützung	Austausch, Handel, Bündnisse
Konkurrenz	Verteilungskonflikte, Herrschaft	Ressourcenkonkurrenz, Eroberung

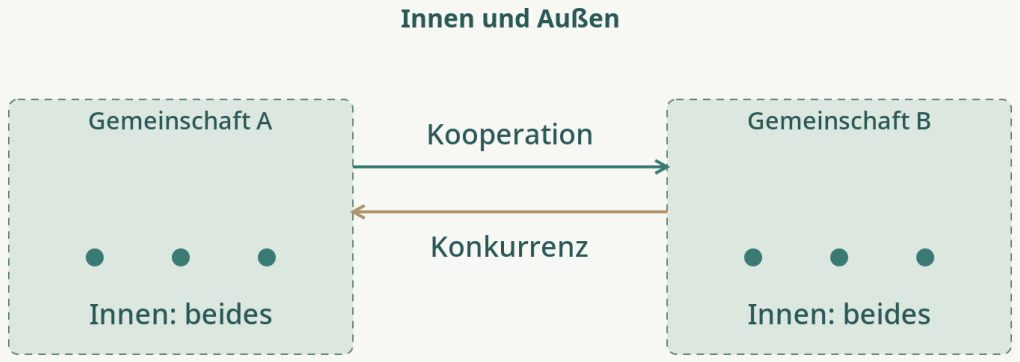


Abb. 8: Innen und Außen

Die friedliche Gestaltung der Beziehungen zwischen unterschiedlichen Gemeinschaften war selbst Gegenstand gesellschaftlicher Organisation.

Graeber und Wengrow schildern eine Vielzahl von Einrichtungen, Regeln und Ritualen, durch die Menschen ihre Beziehungen zu anderen Gemeinschaften gestalteten.

So konnten australische Ureinwohner über große Entfernungen reisen und bei Menschen, die eine ganz andere Sprache sprachen, aufgrund gemeinsamer totemischer Zugehörigkeiten Gastfreundschaft beanspruchen.

Auch in Nordamerika gab es Netzwerke von Clans, die sich über die Grenzen von Sprach- und Siedlungsgemeinschaften hinweg erstreckten. Reisende konnten an weit entfernten Orten Menschen finden, die aufgrund ihrer gemeinsamen Clanzugehörigkeit verpflichtet waren, sie aufzunehmen und zu versorgen.

Bei indigenen Gemeinschaften Kaliforniens dienten gemeinsame Feste und rituelle Tänze der Umverteilung von Ressourcen und der Stärkung der Beziehungen zwischen benachbarten Siedlungen.

Die Menschen haben also nicht nur unterschiedliche Formen der Organisation ihres Zusammenlebens innerhalb ihrer Gemeinschaften entwickelt. Sie haben auch Regeln und Institutionen hervorgebracht, durch die sie ihre Beziehungen zueinander gestalten konnten.

Dazu bedurfte es nicht zwangsläufig einer übergeordneten politischen Herrschaft.

Die unmittelbare Bindung der materiellen Reproduktion an natürliche Lebensräume bedeutete also keineswegs, dass auch die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen auf diese Lebensräume beschränkt waren. Graeber und Wengrow sprechen in diesem Zusammenhang von Formen der Fernorganisation, die sich über Tausende von Kilometern erstrecken konnten.

Auch die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft schließt die Zugehörigkeit zu anderen, größeren Gemeinschaften nicht aus. Menschen können auf unterschiedlichen Ebenen ihres gesellschaftlichen Lebens ganz unterschiedliche Verpflichtungen und Loyalitäten entwickeln.

Nicht jede menschliche Gemeinschaft ist ein Staat. Menschen können ihre gemeinsamen Angelegenheiten auf sehr unterschiedliche Weise regeln. Staaten sind historisch entstandene Formen politischer Organisation. Der moderne Nationalstaat wiederum ist eine besondere historische Form des Staates.

Im Laufe der Geschichte entstanden große und komplexe politische Gemeinwesen, in denen viele kleinere Gemeinschaften zusammengefasst waren. Die Herausbildung von Staaten und Imperien ist Ausdruck dieser Entwicklung, deren konkrete historische Formen hier nicht untersucht werden sollen.

Entscheidend ist zunächst etwas anderes: Die Existenz vieler gesellschaftlicher Gemeinwesen ist älter als die Existenz von Staaten, und diese wiederum ist älter als der Kapitalismus.

Der Kapitalismus hat jedoch sowohl die materiellen Grundlagen menschlicher Existenz als auch die politische Organisation der Menschheit grundlegend verändert. [3]



Abb. 9: Gesellschaftliche Organisation von Beziehungen

Worin besteht dieser historische Einschnitt? Wie hat der Kapitalismus das Verhältnis der Menschen zu ihrem Lebensraum und damit die Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Organisation verändert?

4. Die kapitalistische Revolution

Wie hat der Kapitalismus die Bedingungen gesellschaftlicher Organisation verändert?

Die Entwicklung der Produktivkräfte hatte bereits in vorkapitalistischer Zeit dazu geführt, dass sich die Arbeitsteilung über immer größere Räume erstreckte. Es entstanden Städte, weitreichende Handelsbeziehungen und große politische Gemeinwesen.

Aber für einen großen Teil der Menschheit blieb die Sicherung der eigenen Existenz unmittelbar an die Nutzung des Bodens gebunden.

Der Kapitalismus hat dieses Verhältnis grundlegend verändert.

Die Veränderung der Ortsgebundenheit menschlicher Existenz

Marx beschreibt die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise als einen historischen Prozess, in dessen Verlauf die Produzenten von ihren Produktionsmitteln getrennt wurden. Von besonderer Bedeutung war dabei die Trennung der bäuerlichen Bevölkerung vom Boden.

Immer mehr Menschen mussten nun ihre Arbeitskraft verkaufen, um ihre Existenz zu sichern. Die Produkte, die sie zum Leben benötigten, mussten sie mit dem Geld erwerben, das sie durch ihre Arbeit verdienten.

Märkte hatte es bereits in vorkapitalistischen Gesellschaften gegeben. Mit dem Kapitalismus veränderte sich jedoch ihre gesellschaftliche Funktion grundlegend. Nicht nur der Austausch von Produkten, sondern zunehmend auch die Organisation der Produktion und die Sicherung der menschlichen Existenz wurden über Märkte vermittelt. Auch die menschliche Arbeitskraft wurde zur Ware.

Damit veränderte sich auch das Verhältnis der Menschen zu ihrem Lebensraum.

---

3 Graeber und Wengrow dokumentieren unterschiedliche und saisonal wechselnde Organisationsformen sowie überörtliche Gastfreundschaft, Clanbindungen und Feste. Die Befunde sprechen gegen eine zwangsläufige Stufenfolge, erklären aber noch nicht die Entstehung staatlicher Souveränität.

Quellen: David Graeber und David Wengrow (2022), *Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit*, Klett-Cotta, Kap. 3–5 und 10; insbesondere PDF-Seiten 196–197, 283–284 und 660 (E-Book-Paginierung). David Wengrow und David Graeber (2015), *Farewell to the ‘Childhood of Man’: Ritual, Seasonality, and the Origins of Inequality*, Journal of the Royal Anthropological Institute 21(3), 597–619.

Die Menschen waren nicht mehr in derselben Weise wie zuvor an die natürlichen Ressourcen ihres unmittelbaren Lebensraums gebunden. Sie konnten ihren Wohnort wechseln und ihre Existenz an einem anderen Ort sichern, sofern sie dort eine Möglichkeit fanden, Geld zu verdienen.

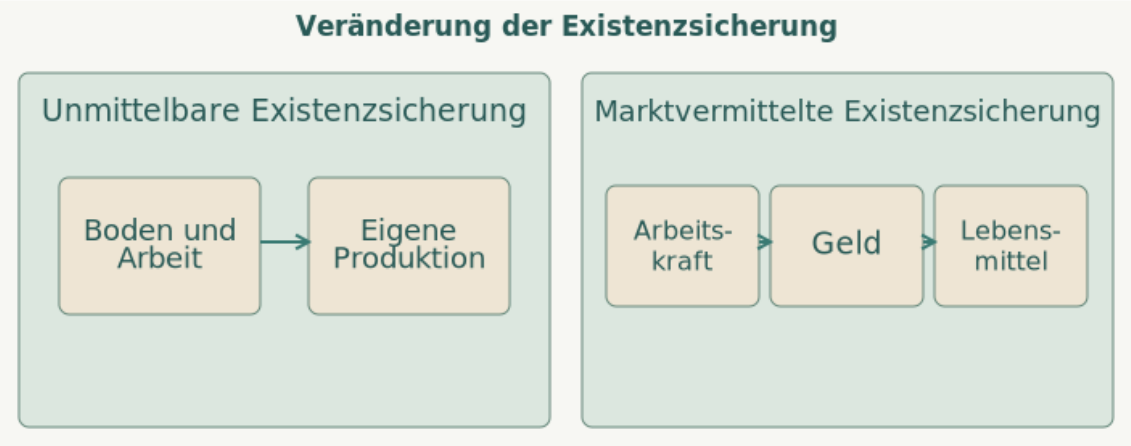


Abb. 10: Veränderung der Existenzsicherung

Das bedeutet nicht, dass die menschliche Existenz ihre räumliche Gebundenheit verloren hat. Menschen benötigen weiterhin Wohnraum, Nahrung, Wasser, Energie und eine Vielzahl anderer materieller Güter.

Aber die Orte, an denen diese Güter produziert werden, und die Orte, an denen die Menschen leben, können nun weit auseinanderliegen.

Die Abhängigkeit von den natürlichen Existenzbedingungen des unmittelbaren Lebensraums wurde für viele Menschen durch die Abhängigkeit von einem immer weiter ausgreifenden gesellschaftlichen Produktionszusammenhang überlagert.

Die Entstehung eines weltweiten Produktionszusammenhangs

Die revolutionäre Rolle des Kapitalismus besteht vor allem darin, dass er die Entwicklung der Produktivkräfte in einem bis dahin unbekannten Ausmaß vorangetrieben hat.

Die Mechanisierung der Produktion, die Entwicklung neuer Energiequellen, die Revolutionierung des Transportwesens und der Kommunikation ermöglichten eine immer weitergehende räumliche Ausdehnung der Arbeitsteilung.

Die Märkte, über die sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung organisierte, dehnten sich räumlich immer weiter aus. Es entstand ein Weltmarkt, auf dem nicht nur die Produkte, sondern zunehmend auch die Voraussetzungen der Produktion – Rohstoffe, Produktionsmittel, Kapital und Arbeitskraft – gehandelt wurden.

Im *Kommunistischen Manifest* haben Marx und Engels diese Entwicklung bereits 1848 beschrieben.

Heute werden die Güter, die Menschen für ihren Alltag benötigen, unter Mitwirkung von Menschen hergestellt, die in ganz unterschiedlichen Teilen der Welt leben.

Die materielle Reproduktion der Menschheit ist zu einem weltweiten gesellschaftlichen Prozess geworden.

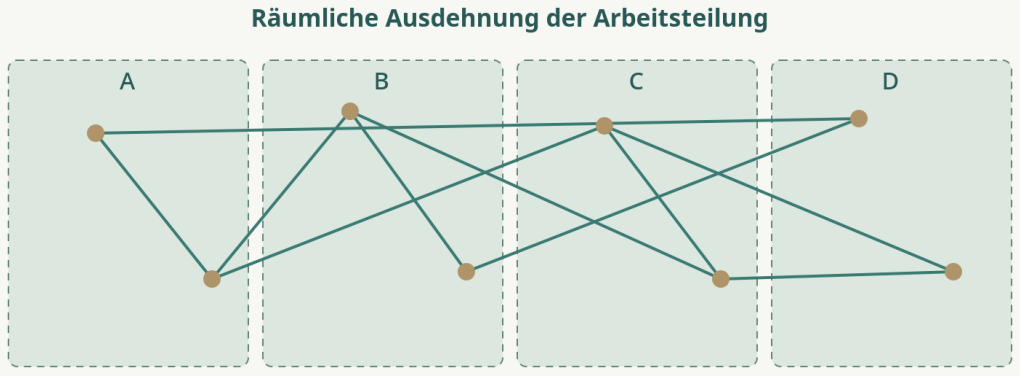


Abb. 11: Räumliche Ausdehnung der Arbeitsteilung

Die Orte, an denen Menschen leben, sind damit nicht bedeutungslos geworden. Aber ihre Funktion hat sich verändert.

Ein Ort muss heute nicht mehr selbst über sämtliche Ressourcen verfügen, die seine Bevölkerung benötigt. Der Zugang zu ihnen wird durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Verbindungen vermittelt.

Die Menschen sind dadurch in einem bis dahin unbekannten Ausmaß von den natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen in anderen Teilen der Welt abhängig geworden.

Diese Entwicklung vollzog sich allerdings nicht mit dem Ziel, die materiellen Existenzbedingungen der Menschheit bewusst zu gestalten. Ihre treibende Kraft war die Verwertung des Kapitals. Die Ausdehnung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung war deshalb von Anfang an auch mit der Herausbildung neuer Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse verbunden.

Die Herausbildung des modernen Nationalstaates

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung veränderten sich die politischen Organisationsformen der Menschheit.

In Europa waren Herrschaftsrechte lange Zeit auf unterschiedliche Träger verteilt. Könige, Fürsten, Städte, Grundherren und kirchliche Institutionen verfügten über eigene Rechte. Innerhalb eines vergleichsweise kleinen Raumes konnten unterschiedliche Rechtsordnungen, Zölle, Münzen und Maßeinheiten gelten.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise wurden solche Verhältnisse zunehmend zu Hindernissen für die Ausdehnung der Produktion und des Handels.

Es entstanden größere, politisch organisierte Räume mit einheitlicheren rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Herausbildung nationaler Binnenmärkte und die Herausbildung moderner Staaten waren eng miteinander verbunden. Die Funktionsfähigkeit dieser Märkte setzte gesellschaftliche Organisationsleistungen voraus, die nicht durch die Märkte selbst erbracht werden konnten.

Die Herausbildung moderner Nationalstaaten verlief keineswegs überall auf dieselbe Weise. Charles Tilly hat gezeigt, wie sich in Europa aus dem Zusammenwirken von Kapitalakkumulation, militärischer Konkurrenz und territorialer Herrschaft unterschiedliche Formen staatlicher Organisation entwickelten.

Die kapitalistische Entwicklung veränderte also die staatlichen Organisationsformen, während diese ihrerseits die Voraussetzungen kapitalistischer Entwicklung mitgestalteten.

Der moderne Nationalstaat übernahm eine Vielzahl von Aufgaben, die für die Entwicklung einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft von Bedeutung waren. Dazu gehörten im Laufe seiner Entwicklung:

- die Durchsetzung einer einheitlichen Rechtsordnung;
- die Organisation eines gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraums;
- der Aufbau von Verkehrs- und Kommunikationsnetzen;
- die Organisation des Bildungswesens;
- die Schaffung von Einrichtungen zur sozialen Sicherung;
- die Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit nach außen.

Die Bedeutung der Staaten für die Entwicklung des Kapitalismus erschöpfte sich allerdings nicht in der Schaffung einheitlicher Wirtschaftsräume und der Bereitstellung von Infrastruktur.

Wie die Rechtswissenschaftlerin Katharina Pistor gezeigt hat, beruht die Existenz des Kapitals selbst auf rechtlich begründeten und staatlich durchsetzbaren Ansprüchen.

Auch die weltweite Ausdehnung kapitalistischer Wirtschaftsbeziehungen hat diese Abhängigkeit von staatlichen Rechtsordnungen nicht aufgehoben. Vielmehr haben die Staaten durch die gegenseitige Anerkennung und Durchsetzung rechtlicher Ansprüche die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Kapital über ihre Grenzen hinweg wirksam werden kann.

Die Herausbildung eines globalen Kapitalismus setzte also nicht die Herausbildung eines globalen Staates voraus. Die Möglichkeiten, die Regeln des Weltmarktes zu bestimmen und durchzusetzen, sind jedoch ungleich verteilt. Wirtschaftliche Macht erleichtert die Durchsetzung eigener Interessen in der internationalen Regelsetzung; diese Regeln können ihrerseits wirtschaftliche Macht sichern und verstärken.

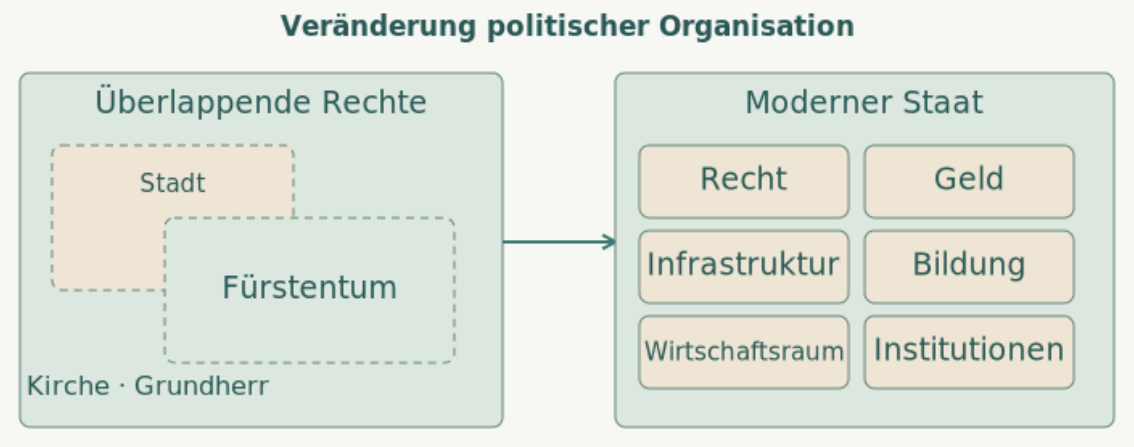


Abb. 12: Veränderung politischer Organisation

Die Herausbildung der modernen Nationalstaaten lässt sich allerdings nicht allein aus den Anforderungen der kapitalistischen Produktionsweise erklären. Sie war ein konfliktreicher historischer Prozess, in dem Kriege, Machtinteressen, Klassenkämpfe und nationale Bewegungen eine bedeutende Rolle spielten.

Auch die Grenzen und die Größe der Nationalstaaten lassen sich nicht aus wirtschaftlichen Erfordernissen ableiten.

Aber die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und die Herausbildung der modernen Nationalstaaten sind zwei eng miteinander verbundene historische Prozesse, die sich gegenseitig beeinflusst und vorangetrieben haben.

Der moderne Nationalstaat kann somit auch als eine gesellschaftliche Organisationsform betrachtet werden, die zur Entwicklung der Produktivkräfte in der kapitalistischen Epoche beigetragen hat.

Zwei gegenläufige Entwicklungen

Bei gemeinsamer Betrachtung beider Entwicklungen wird eine bemerkenswerte historische Konstellation sichtbar.

Einerseits hat der Kapitalismus die räumlichen Grenzen der materiellen Reproduktion immer weiter ausgedehnt. Die Menschheit wurde zu einer immer enger miteinander verflochtenen Produktionsgemeinschaft.

Andererseits hat sich mit dem modernen Nationalstaat eine politische Organisationsform herausgebildet, die auf der Abgrenzung territorialer Räume und deren politischer Eigenständigkeit beruht.

Beide Entwicklungen haben die Entfaltung der Produktivkräfte ermöglicht und vorangetrieben. Zugleich haben sie eine historisch neuartige Konstellation hervorgebracht. [4]

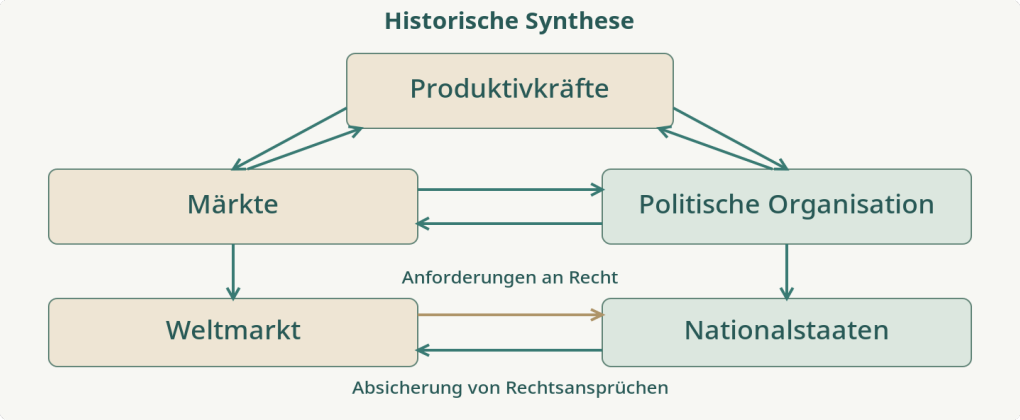


Abb. 13: Historische Synthese

Könnte es sein, dass die von Davenport beschriebene Falle gerade aus dieser historischen Konstellation hervorgegangen ist?

5. Davenports Falle – ein historisch entstandener Widerspruch?

Warum geraten die weltweite materielle Reproduktion und die territoriale politische Organisation der Menschheit in Widerspruch zueinander?

Davenports Fragestellung lässt sich nun vor dem Hintergrund der kapitalistischen Entwicklung erneut betrachten.

Davenport sieht ein grundlegendes Problem darin, dass die Herausbildung souveräner Staaten, die Ausdruck menschlicher Selbstbestimmung sein sollte, auf der Ebene der gesamten Menschheit zu einem System von Zwängen geführt hat.

Jeder Staat muss seine Existenz und seine Handlungsfähigkeit gegenüber anderen Staaten sichern. Die Menschheit als Ganzes verfügt jedoch über keine vergleichbare Möglichkeit, ihre gesellschaftlichen Verhältnisse bewusst zu gestalten.

Die Souveränität der einzelnen Staaten wird damit zu einem Hindernis der Selbstbestimmung der Menschheit.

Diese Konstellation lässt sich vor dem Hintergrund der bisherigen Überlegungen betrachten.

---

4 Marx: Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln. Tilly: unterschiedliche Wege territorialer Staatsbildung im Wechselverhältnis von Kapitalakkumulation und militärischer Macht. Pistor: rechtliche Konstitution des Kapitals und grenzüberschreitende Wirksamkeit staatlich abgesicherter Ansprüche.

Quellen: Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. I, MEW 23, Kap. 24, S. 742 ff.; Charles Tilly (1993), *The Long Run of European State Formation*, S. 137–150; Katharina Pistor (2019), *The Code of Capital: How the Law Creates Wealth and Inequality*, Princeton University Press, Kap. 6, „A Code for the Globe".

Die politische Vielheit der Menschheit und die daraus erwachsende Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen politischen Gemeinwesen zu gestalten, sind älter als der Kapitalismus. Der Kapitalismus hat dieses Problem jedoch grundlegend verändert. Er hat einen weltweiten materiellen Reproduktionszusammenhang hervorgebracht, dessen bewusste Gestaltung mit der historisch entstandenen Form politischer Organisation in Widerspruch geraten kann.

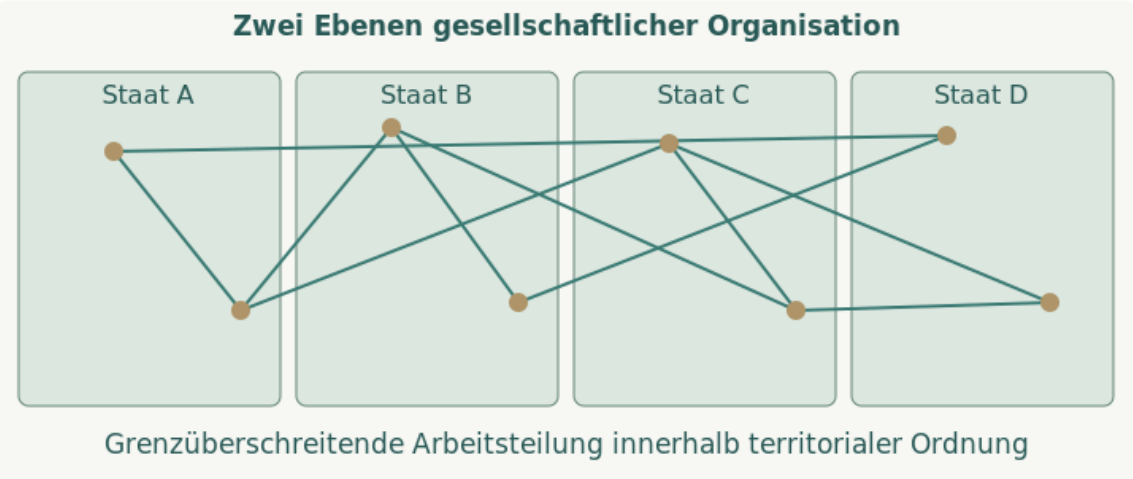


Abb. 14: Zwei Ebenen gesellschaftlicher Organisation

Ein historisch entstandener Widerspruch

Die Menschen sind heute bei der Sicherung ihrer materiellen Existenz weltweit aufeinander angewiesen. Über Märkte sind sie in einen gesellschaftlichen Produktionszusammenhang eingebunden, der weit über die Grenzen der politischen Gemeinwesen hinausreicht, in denen sie leben.

Die Möglichkeiten, diesen Produktionszusammenhang bewusst zu gestalten, sind jedoch weiterhin zu einem erheblichen Teil an die einzelnen Staaten gebunden.

Diese Konstellation ist historisch entstanden. Sie ist das Ergebnis jener beiden Entwicklungsprozesse, die im vorangegangenen Abschnitt dargestellt wurden.

Die moderne Staatenordnung hat die Entwicklung der Produktivkräfte und die Ausdehnung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ermöglicht und gefördert. Aber gerade diese Entwicklung hat Aufgaben hervorgebracht, die von den einzelnen Staaten allein nicht mehr bewältigt werden können.

Besonders deutlich wird dies bei der Gestaltung des menschlichen Naturverhältnisses.

Die Nutzung fossiler Energieträger in einem Teil der Welt verändert die natürlichen Existenzbedingungen der Menschen in anderen Teilen der Welt. Die Folgen menschlicher Produktion halten sich nicht an Staatsgrenzen.

Die Entscheidungen über die Art und Weise der Produktion werden jedoch von Unternehmen und politischen Institutionen getroffen, deren Handlungsmöglichkeiten und Interessen nicht mit denen der Menschheit als Ganzes übereinstimmen müssen.

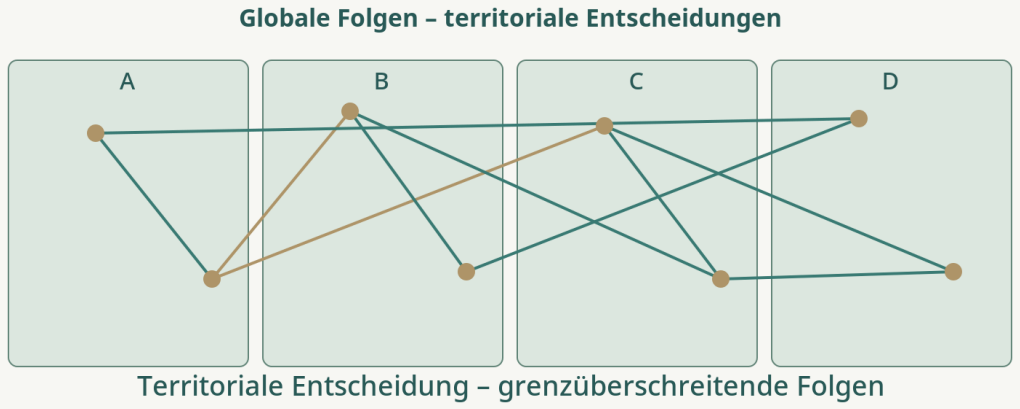


Abb. 15: Globale Folgen – territoriale Entscheidungen

Die Grenzen einer historisch entstandenen Organisationsform

Hier ist der Zusammenhang mit der Vielfalt gesellschaftlicher Organisationsformen entscheidend.

Gesellschaftliche Organisationsformen müssen den materiellen Existenzbedingungen gerecht werden. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte verändern sich diese Bedingungen und damit auch die Anforderungen an die gesellschaftliche Organisation.

Eine gesellschaftliche Organisationsform, die die Entwicklung der Produktivkräfte ermöglicht und vorangetrieben hat, kann selbst zu einem Hindernis ihrer weiteren Entwicklung und ihrer bewussten gesellschaftlichen Gestaltung werden.

Von diesem Ausgangspunkt aus lässt sich die von Davenport beschriebene Falle als eine historische Erscheinungsform des Widerspruchs zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den gesellschaftlichen Verhältnissen interpretieren.

Muss die politische Gliederung der Menschheit überwunden werden?

Aus diesen Überlegungen ergibt sich allerdings noch nicht, dass die Gliederung der Menschheit in eigenständige politische Gemeinwesen selbst zu einem Hindernis geworden ist.

Zwei Fragen sind zu unterscheiden.

Ist es die Existenz eigenständiger politischer Gemeinwesen, die eine bewusste Gestaltung der gemeinsamen Existenzbedingungen der Menschheit verhindert?

Oder sind es die historisch entstandenen Formen ihrer Organisation und ihrer Beziehungen untereinander?

Wenn das Problem in der historisch entstandenen Organisationsform liegt, könnte es grundsätzlich auch durch eine Veränderung dieser Organisationsform und der Beziehungen zwischen den politischen Gemeinwesen gelöst werden.

Die Menschheit müsste dann nicht notwendig zu einem einzigen politischen Gemeinwesen werden, um ihre gemeinsamen Angelegenheiten bewusst gestalten zu können.

Vielleicht ist eine Gliederung der Menschheit in relativ eigenständige politische Gemeinwesen sogar eine Voraussetzung dafür, dass sie ihre gesellschaftlichen Verhältnisse bewusst gestalten kann. [5]

Die hier entwickelten Überlegungen beantworten noch nicht die von Davenport aufgeworfene Frage nach dem Wesen politischer Gemeinwesen und ihrer Souveränität. Sie sollen vielmehr einen

---

5 Davenport fragt nach der politischen Form, durch die ein Innen und Außen entstehen. Marx untersucht den möglichen Umschlag gesellschaftlicher Verhältnisse von Entwicklungsbedingungen zu Hemmnissen der Produktivkräfte. Die Übertragung auf politische Organisationsformen ist eine eigene Hypothese, nicht Davenports Erklärung.

Quellen: Davenport (2013), wie in Fußnote 1; Karl Marx (1859), Vorwort zu *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, MEW 13, S. 8–9; Lottaz, Videobeitrag wie in Fußnote 1, für die Darstellung von Davenports weiterführender Argumentation.

Ausgangspunkt dafür bieten, auch die materiellen Voraussetzungen und gesellschaftlichen Funktionen politischer Organisation in diese Untersuchung einzubeziehen.

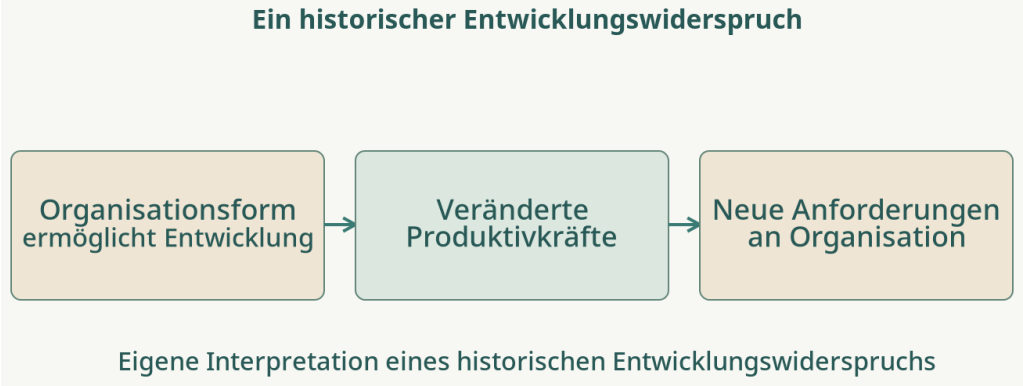


Abb. 16: Ein historischer Entwicklungswiderspruch

Welche Anforderungen stellt die Bewältigung der enormen Komplexität heutiger Gesellschaften an deren politische Organisation?

6. Die Bewältigung gesellschaftlicher Komplexität

Welche Anforderungen stellt die Bewältigung gesellschaftlicher Komplexität an die politische Organisation der Menschheit?

Die Entwicklung der Produktivkräfte hat nicht nur dazu geführt, dass die Menschen weltweit immer stärker aufeinander angewiesen sind. Sie hat auch die Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse enorm erhöht. Die Bewältigung zunehmender Komplexität ist damit auch eine Frage der Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Funktionsfähigkeit: Die arbeitsteiligen Prozesse müssen so organisiert werden, dass die materielle Reproduktion dauerhaft gesichert werden kann.

Die Zahl der Tätigkeiten, die zur Sicherung der menschlichen Existenz erforderlich sind, ist gewachsen. Immer mehr spezialisierte Kenntnisse und Fähigkeiten sind notwendig. Immer mehr gesellschaftliche Prozesse müssen aufeinander abgestimmt werden.

Wie lässt sich eine solche Komplexität überhaupt bewältigen?

Der amerikanische Sozialwissenschaftler Herbert Simon hat sich mit dem Aufbau und der Funktionsweise komplexer Systeme beschäftigt. Seine Überlegungen beziehen sich auf ganz unterschiedliche Systeme in der Natur und in der Gesellschaft.

Ein wesentlicher Gedanke Simons besteht darin, dass komplexe Systeme häufig aus Teilsystemen bestehen, die ihrerseits wiederum aus Teilsystemen zusammengesetzt sind.

Herbert Simon hat gezeigt, dass sich viele komplexe Systeme in Teilsysteme gliedern lassen, innerhalb derer die Wechselwirkungen stärker sind als zwischen ihnen. Die Teilsysteme sind dennoch nicht voneinander unabhängig.

Diese Gliederung ermöglicht es, komplexe Zusammenhänge zu bewältigen, ohne ständig sämtliche Beziehungen innerhalb des Gesamtsystems berücksichtigen zu müssen.

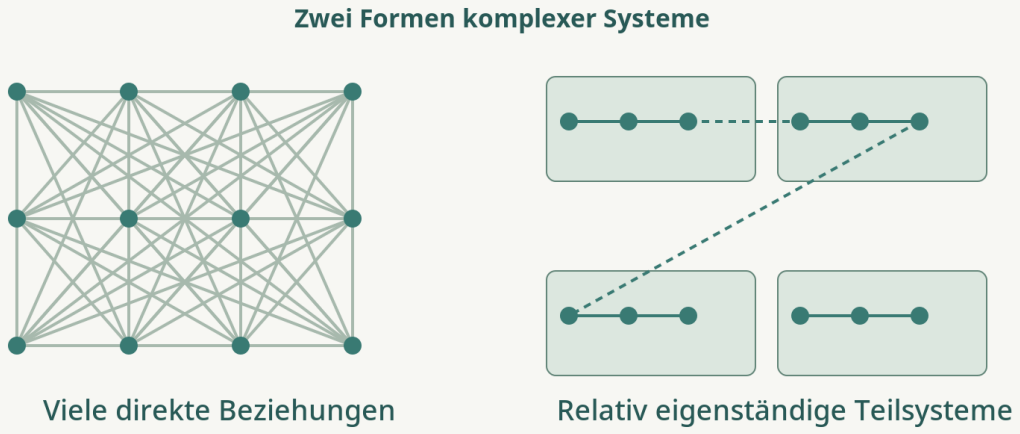


Abb. 17: Zwei Formen komplexer Systeme

Die Gliederung gesellschaftlicher Systeme

Auch menschliche Gesellschaften weisen eine solche Gliederung auf.

Die Menschen organisieren einen Teil ihres gesellschaftlichen Lebens in Familien, Betrieben, Gemeinden und Regionen. Andere gesellschaftliche Aufgaben werden auf größeren räumlichen und organisatorischen Ebenen bewältigt.

Diese unterschiedlichen Formen gesellschaftlicher Organisation ermöglichen es, Entscheidungen dort zu treffen, wo die Kenntnisse über die jeweiligen Gegebenheiten vorhanden sind und wo die Folgen der Entscheidungen wirksam werden.

Nicht jede Entscheidung, die in einer Gemeinde getroffen wird, muss mit allen anderen Gemeinden eines Landes abgestimmt werden. Aber die Gemeinden sind auf Leistungen angewiesen, die sie nicht selbst erbringen können und die eine Organisation auf einer größeren räumlichen Ebene erfordern.

Die Bewältigung gesellschaftlicher Komplexität erfordert sowohl die relative Eigenständigkeit gesellschaftlicher Teilsysteme als auch die Abstimmung ihres Zusammenwirkens.

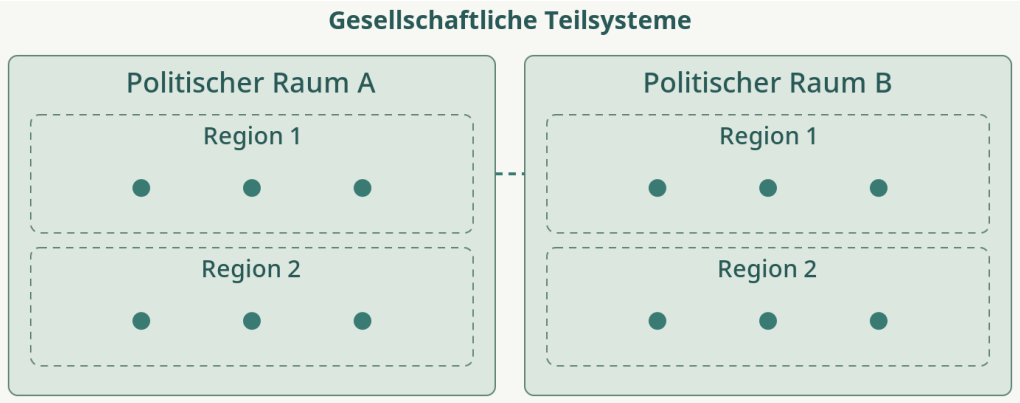


Abb. 18: Gesellschaftliche Teilsysteme

Die Größe politischer Gemeinwesen

Der Soziologe Wolfgang Streeck beschäftigt sich mit der Frage, welche Größe und welche Organisationsform politische Gemeinwesen haben müssen, damit die Menschen ihre gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können.

Wolfgang Streeck hat Simons Überlegungen zur Organisation komplexer Systeme auf die politische Gliederung der Welt übertragen. Er untersucht, inwiefern die Aufteilung der Weltgesellschaft in relativ eigenständige politische Gemeinwesen dazu beitragen kann, gesellschaftliche Komplexität zu bewältigen und demokratische Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten.

Er wendet sich gegen die Vorstellung, dass die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung der Menschheit zwangsläufig eine immer weitergehende politische Zentralisierung erfordere.

Mit der Vergrößerung politischer Entscheidungsräume wachsen zwar die Möglichkeiten, bestimmte gesellschaftliche Aufgaben gemeinsam zu bewältigen. Gleichzeitig können aber die Möglichkeiten der Menschen abnehmen, auf die Gestaltung ihrer unmittelbaren gesellschaftlichen Verhältnisse Einfluss zu nehmen.

Streeck untersucht deshalb die Möglichkeiten einer internationalen Ordnung, in der politisch eigenständige Staaten ihre gesellschaftlichen Angelegenheiten selbst gestalten und bei der Bewältigung gemeinsamer Aufgaben zusammenarbeiten.

Für die hier untersuchte Frage ist dieser Gedanke von besonderem Interesse.

Allerdings ist zwischen der Größe eines politischen Gemeinwesens und der Art seiner inneren Organisation zu unterscheiden.

Große politische Gemeinwesen können eine ausgeprägte innere Gliederung aufweisen und ihren Regionen und Gemeinden erhebliche Entscheidungsspielräume zugestehen. Kleine politische Gemeinwesen können dagegen stark zentralisiert organisiert sein.

Die Größe eines politischen Gemeinwesens allein sagt deshalb noch wenig darüber aus, wie gut es gesellschaftliche Komplexität bewältigen kann.

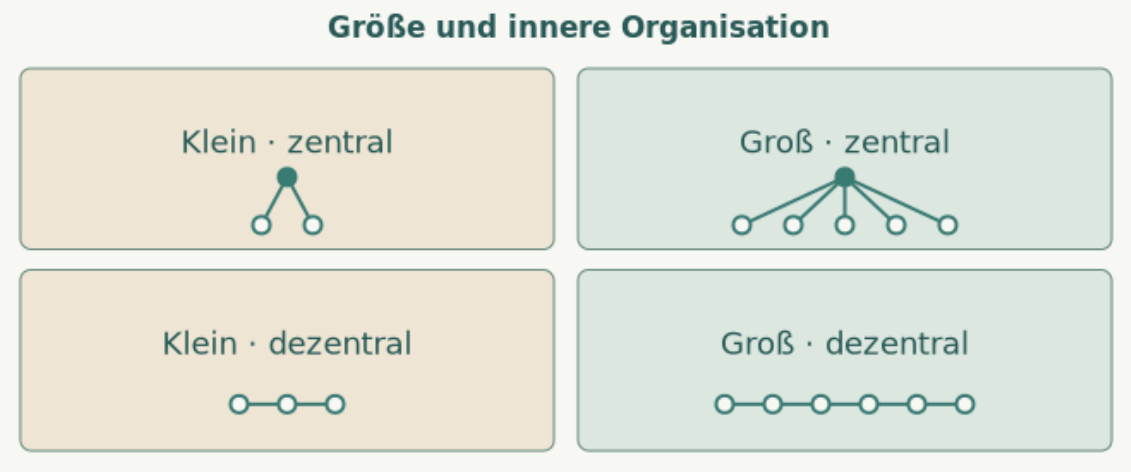


Abb. 19: Größe und innere Organisation

Die großen politischen Gemeinwesen China und Russland wären beispielsweise daraufhin zu untersuchen, welche Bedeutung ihre innere Gliederung für die Bewältigung gesellschaftlicher Komplexität hat.

Dabei wäre nicht nur die formale Verteilung politischer Zuständigkeiten von Interesse, sondern auch die tatsächliche Fähigkeit der unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen, ihre jeweiligen Aufgaben eigenständig zu bewältigen.

Unterschiedliche Aufgaben erfordern unterschiedliche Organisationsräume

Nun geht es um die Menschheit als Ganzes.

Aus der Notwendigkeit einer Gliederung komplexer Gesellschaften folgt noch nicht, dass diese Gliederung territorial erfolgen muss. Allerdings beziehen sich viele gesellschaftliche Aufgaben auf konkrete Lebensräume. Die Gestaltung von Siedlungen, Verkehrsnetzen, Bildungseinrichtungen oder der Nutzung natürlicher Ressourcen erfordert Entscheidungen, die unterschiedliche Tätigkeitsbereiche innerhalb eines Raumes miteinander verbinden. Darin könnte eine eigenständige Begründung territorialer politischer Organisation liegen.

Die weltweite Verflechtung der materiellen Reproduktion bedeutet nicht, dass sämtliche gesellschaftlichen Aufgaben auf weltweiter Ebene organisiert werden müssen.

Eine Gemeinde muss ihre Wasserversorgung organisieren. Die Nutzung eines Flusses kann dagegen eine Abstimmung zwischen mehreren Gemeinden, Regionen oder Staaten erforderlich machen. Die Stabilisierung des Weltklimas wiederum erfordert die Zusammenarbeit der gesamten Menschheit.

Welche räumliche Ebene der gesellschaftlichen Organisation erforderlich ist, hängt von der jeweiligen Aufgabe und den materiellen Bedingungen ihrer Bewältigung ab.

Aus der Notwendigkeit, bestimmte gesellschaftliche Aufgaben auf weltweiter Ebene zu bewältigen, folgt deshalb nicht die Notwendigkeit, sämtliche politischen Entscheidungsbefugnisse auf dieser Ebene zusammenzufassen.

Eine politische Organisation der Menschheit wäre auch denkbar, in der es auf unterschiedlichen Ebenen relativ eigenständige politische Gemeinwesen gibt, die bei der Bewältigung gemeinsamer Aufgaben zusammenwirken.

Man könnte eine solche Ordnung als polyzentrisch bezeichnen. Sie hätte nicht nur ein politisches Entscheidungszentrum, sondern eine Vielzahl miteinander verbundener Entscheidungszentren.

Die politische Gliederung der Menschheit als Organisationsprinzip

Von diesem Ausgangspunkt aus erscheint die politische Gliederung der Menschheit in einem anderen Licht.

Sie könnte nicht nur als historisch entstandene Besonderheit betrachtet werden, sondern auch als ein Mittel zur Bewältigung gesellschaftlicher Komplexität.

Die Gründe für die politische Gliederung der Menschheit könnten sich somit im Laufe der Geschichte grundlegend verändert haben. Während die ursprüngliche Vielfalt menschlicher Gemeinschaften auch aus ihrer unmittelbaren Bindung an unterschiedliche Lebensräume hervorgegangen sein dürfte, könnte eine differenzierte politische Organisation heute vor allem für die Bewältigung gesellschaftlicher Komplexität von Bedeutung sein.

Damit ist allerdings noch nicht gesagt, dass die heutigen Nationalstaaten in ihrer bestehenden Form und mit ihren bestehenden Grenzen die dafür geeigneten gesellschaftlichen Organisationsformen sind.

Auch die Beziehungen zwischen diesen politischen Gemeinwesen müssten den Anforderungen gerecht werden, die sich aus der weltweiten Verflechtung menschlicher Reproduktion ergeben.

Die Frage wäre dann nicht mehr, wie die politische Vielheit der Menschheit überwunden werden kann, sondern wie sie organisiert werden muss, damit die Menschen sowohl ihre eigenen als auch ihre gemeinsamen Angelegenheiten bewusst gestalten können.

Die Frage nach geeigneten gesellschaftlichen Organisationsformen stellt sich allerdings nicht in einer Welt gleichberechtigter politischer Gemeinwesen.

Die Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaften sind durch historisch entstandene Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse geprägt. [6]

6 Simon: annähernde Zerlegbarkeit komplexer Systeme bei stärkeren Wechselwirkungen innerhalb als zwischen Teilsystemen; nicht alle Systeme besitzen diese Eigenschaft. Streeck: Übertragung auf politische Organisation, Regierbarkeit und demokratische Selbstbestimmung. Daraus folgt keine bestimmte Anzahl souveräner Staaten.

Quellen: Herbert A. Simon (1962), *The Architecture of Complexity*, Proceedings of the American Philosophical Society 106(6), 467–482, insbesondere 473–476; Wolfgang Streeck (2021), *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*, Suhrkamp, Abschnitt „Simon: Zerlegung von Komplexität", insbesondere S. 390–392.



Abb. 20: Gesellschaftliche Aufgaben und ihre Reichweite

Welche Bedeutung haben diese Verhältnisse für die politische Eigenständigkeit der Gemeinwesen und ihre Beziehungen zueinander?

7. Die gegenwärtigen internationalen Widersprüche

Welche Bedeutung haben die historisch entstandenen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse für die Beziehungen zwischen den politischen Gemeinwesen?

Bisher standen die gesellschaftlichen Funktionen politischer Gemeinwesen im Mittelpunkt, weitgehend unabhängig von ihren historischen Entstehungsbedingungen und ihren Beziehungen zueinander.

Die heutigen Staaten sind jedoch nicht einfach eine Vielzahl politischer Gemeinwesen, die jeweils ihre eigenen gesellschaftlichen Angelegenheiten organisieren und bei der Bewältigung gemeinsamer Aufgaben zusammenarbeiten.

Sie sind Teil einer historisch entstandenen Weltordnung, in der die Möglichkeiten gesellschaftlicher Selbstbestimmung sehr ungleich verteilt sind.

Die formale Souveränität eines Staates sagt noch wenig darüber aus, in welchem Umfang die Menschen in diesem Staat ihre materiellen Existenzbedingungen tatsächlich selbst gestalten können.

Die ungleiche Entwicklung der Menschheit

Die kapitalistische Produktionsweise hat sich nicht gleichzeitig und unter gleichen Bedingungen in allen Teilen der Welt entwickelt.

Die industrielle Entwicklung einiger Länder verschaffte diesen Ländern einen erheblichen wirtschaftlichen, technologischen und militärischen Vorsprung gegenüber anderen Gesellschaften.

Dieser Vorsprung ermöglichte es ihnen, auf die gesellschaftliche Entwicklung anderer Teile der Welt Einfluss zu nehmen und deren materielle Ressourcen für die eigene Entwicklung zu nutzen.

Die Entstehung des Weltmarktes war deshalb nicht einfach ein Prozess der immer weitergehenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Sie war zugleich mit der Herausbildung von Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen verbunden.

Die politische Ökonomin Radhika Desai sieht in diesen Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen einen Schlüssel zum Verständnis der internationalen Beziehungen in der kapitalistischen Epoche.

Radhika Desai spricht in diesem Zusammenhang von der Materialität der Nationen. Sie versteht Nationen nicht lediglich als kulturelle Gebilde, sondern als materielle Bestandteile der Organisation

der Weltgesellschaft. Ihre unterschiedlichen Entwicklungsmöglichkeiten und die Beziehungen zwischen ihnen sind deshalb für das Verständnis der historischen Entwicklung von grundlegender Bedeutung.

Ihr zufolge haben die wirtschaftlich führenden kapitalistischen Staaten ein Interesse daran, internationale Verhältnisse aufrechtzuerhalten, die den Erfordernissen ihrer eigenen Kapitalakkumulation entsprechen.

Andere Länder werden dabei auf bestimmte Funktionen innerhalb der internationalen Arbeitsteilung festgelegt, beispielsweise auf die Bereitstellung von Rohstoffen und billigen Arbeitskräften oder auf die Abnahme industriell gefertigter Produkte. Kapitalexport, ausländische Kontrolle über Produktionsmittel und internationale Verschuldung können diese Abhängigkeiten zusätzlich verstärken. Entscheidend sind die Bedingungen, unter denen diese Beziehungen zustande kommen.



Abb. 21: Hierarchisch organisierte internationale Arbeitsteilung

Unter solchen Bedingungen kann die Einbindung eines Landes in die weltweite Arbeitsteilung seine gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten nicht nur erweitern, sondern auch einschränken.

Der Kampf um eigenständige gesellschaftliche Entwicklung

Die Menschen in den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern haben jedoch ihrerseits ein Interesse daran, die Produktivkräfte ihrer Gesellschaft zu entwickeln und die Bedingungen ihrer materiellen Existenz selbst bestimmen zu können.

Desai untersucht die internationale Entwicklung in der kapitalistischen Epoche deshalb als einen widersprüchlichen Prozess.

Den Bestrebungen der wirtschaftlich führenden Staaten, ihre überlegene Stellung zu behaupten, stehen die Bestrebungen anderer Staaten gegenüber, den wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungsrückstand aufzuholen und sich aus Abhängigkeitsverhältnissen zu lösen.

Eine solche Entwicklung erfordert nach Desai gesellschaftliche Organisationsleistungen, die nicht allein über Märkte erbracht werden können. Dazu gehören unter anderem der gezielte Aufbau industrieller Kapazitäten, die Entwicklung des Bildungswesens und der Infrastruktur sowie der Schutz und die Förderung bestimmter Wirtschaftszweige.

Internationale Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse können die dafür erforderlichen politischen Handlungsmöglichkeiten einschränken.

Hier erhält die politische Eigenständigkeit eines Gemeinwesens eine besondere Bedeutung.

Sie ermöglicht es einer Gesellschaft, ihre materiellen Ressourcen gezielt für die eigene Entwicklung einzusetzen und gesellschaftliche Aufgaben zu bewältigen, die sich unter den gegebenen Bedingungen des Weltmarktes nicht oder nur unzureichend bewältigen lassen.

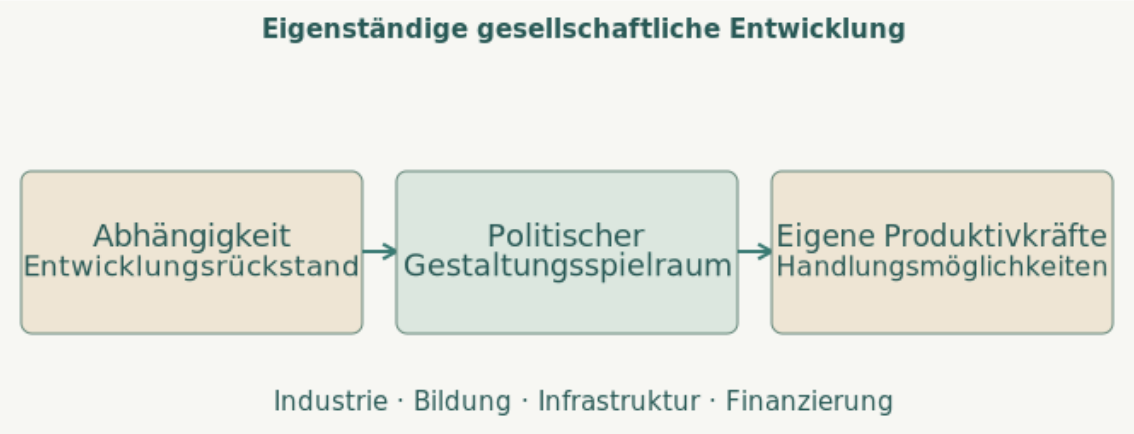


Abb. 22: Eigenständige gesellschaftliche Entwicklung

Die politische Eigenständigkeit eines Gemeinwesens kann somit unter den Bedingungen einer imperialistisch geprägten Weltordnung eine Voraussetzung gesellschaftlicher Emanzipation sein.

Die Existenz eigenständiger Staaten ist aus dieser Perspektive nicht nur Teil des Problems. Sie kann auch Teil seiner Überwindung sein.

Unterschiedliche gesellschaftliche Organisationsformen in einer gemeinsamen Welt

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte in unterschiedlichen Teilen der Welt verändern sich auch die internationalen Kräfteverhältnisse.

Dabei geht es nicht allein darum, dass andere Länder die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der bisherigen industriellen Zentren erreichen. Es geht auch darum, auf welche Weise sie ihre gesellschaftlichen Verhältnisse organisieren.

Hier lässt sich erneut an Warwick Powell anknüpfen.

Wenn die gesellschaftliche Leistungsfähigkeit davon abhängt, wie gut eine Gesellschaft ihre materiellen Ressourcen mobilisieren, ihre unterschiedlichen Tätigkeiten aufeinander abstimmen und ihre Produktivkräfte entwickeln kann, dann kommt der Art ihrer gesellschaftlichen Organisation eine entscheidende Bedeutung zu.

Die Entwicklung Chinas wäre unter diesem Gesichtspunkt von besonderem Interesse. Zu untersuchen wäre, welche Bedeutung das Zusammenwirken von Märkten, staatlicher Steuerung, langfristiger Planung und öffentlicher Infrastruktur für die Entwicklung seiner Produktivkräfte hat.

Die Konkurrenz zwischen Staaten kann somit auch eine Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Formen gesellschaftlicher Organisation sein.

Eine solche Konkurrenz muss nicht zwangsläufig zu einer militärischen Konfrontation führen. Sie kann auch dazu beitragen, dass Gesellschaften voneinander lernen und ihre eigenen Organisationsformen verändern.



Abb. 23: Unterschiedliche gesellschaftliche Organisationsformen

Drei unterschiedliche Dimensionen internationaler Beziehungen

Für das Verständnis der gegenwärtigen internationalen Konflikte ist es deshalb wichtig, drei unterschiedliche Phänomene auseinanderzuhalten.

Erstens die Existenz eigenständiger politischer Gemeinwesen, die ihre eigenen Angelegenheiten organisieren und ihre jeweiligen Interessen verfolgen.

Zweitens die Herausbildung unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationsformen, deren Leistungsfähigkeit sich unter den jeweiligen materiellen Existenzbedingungen erweisen muss.

Drittens die historisch entstandenen imperialistischen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse, gegen die sich das Streben vieler Gesellschaften nach eigenständiger Entwicklung richtet.

Diese drei Phänomene sind in der gesellschaftlichen Wirklichkeit eng miteinander verflochten. Aber sie haben unterschiedliche Ursachen und sind deshalb auch unterschiedlichen Veränderungen zugänglich.

Eine Überwindung imperialistischer Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse würde weder die unterschiedlichen Interessen politischer Gemeinwesen noch die Unterschiede in ihren gesellschaftlichen Organisationsformen beseitigen.

Aber sie könnte die Bedingungen verändern, unter denen diese Gemeinwesen ihre Beziehungen zueinander gestalten. [7]

7 Desai: materieller Nationsbegriff, imperialistische Abhängigkeit und Entwicklung eigener Produktionsfähigkeiten. Powell: materielle und institutionelle Leistungsfähigkeit. Die Bezugnahme beinhaltet keine Übernahme sämtlicher historischer Periodisierungen oder politischer Schlussfolgerungen Desais.

Quellen: Radhika Desai, *Die geopolitische Ökonomie der organischen Krise des Weltkapitalismus*, Vortrag, insbesondere 06:12–11:52, 15:55–21:59; Grundlage ist die redigierte deutsche Transkriptfassung. Powell (2026), wie in Fußnote 2.

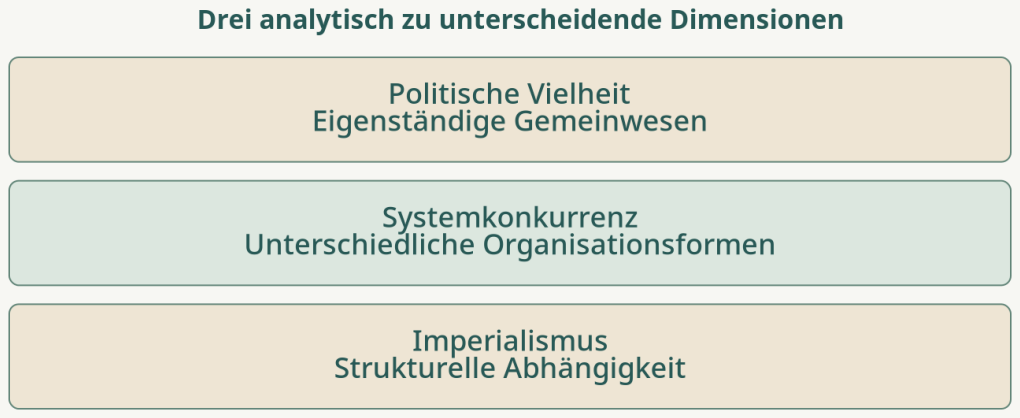


Abb. 24: Drei analytisch zu unterscheidende Dimensionen

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die innermarxistische Diskussion über den Staat und die politische Gliederung der Menschheit?

8. Konsequenzen für die marxistische Diskussion

Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Überlegungen für das marxistische Verständnis der politischen Organisation der Menschheit?

Ausgangspunkt dieses Essays war die von Davenport aufgeworfene Frage, warum die Menschheit in eine Vielzahl eigenständiger politischer Gemeinwesen gegliedert ist.

Der hier entwickelte Ansatz geht von den grundlegenden Bedingungen menschlicher Existenz aus.

Menschen müssen ihre Existenz gesellschaftlich organisieren. Die Formen dieser Organisation verändern sich mit der Entwicklung ihrer Produktivkräfte. Sie sind historisch entstanden und können von den Menschen verändert werden.

Die Notwendigkeit gesellschaftlicher Organisation ergibt sich aus den materiellen Existenzbedingungen der Menschen. Sie ist älter als Klassen- und Herrschaftsverhältnisse und bleibt auch nach deren möglicher Überwindung bestehen. Aus der Notwendigkeit, die materielle Reproduktion zu organisieren, lässt sich jedoch weder eine bestimmte politische Organisationsform noch der Charakter politischer Herrschaft ableiten. Für die marxistische Diskussion sind deshalb drei Fragen zu unterscheiden.

Drei unterschiedliche Dimensionen der politischen Organisation

Für die marxistische Diskussion erscheint es deshalb sinnvoll, drei unterschiedliche Fragen auseinanderzuhalten.

Die erste Frage betrifft die Notwendigkeit politischer Organisation. Menschen müssen Entscheidungen über ihre gemeinsamen Angelegenheiten treffen und deren Umsetzung organisieren. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der gesellschaftlichen Natur menschlicher Existenz.

Die zweite Frage betrifft die Formen politischer Organisation. Auf welchen räumlichen Ebenen werden gesellschaftliche Aufgaben bewältigt? Wie werden Entscheidungsbefugnisse verteilt? Wie wird das Zusammenwirken unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche organisiert?

Die dritte Frage betrifft den Charakter politischer Herrschaft. Wer verfügt über die gesellschaftlichen Entscheidungsbefugnisse? Wessen Interessen bestimmen die Entscheidungen? Welche Möglichkeiten haben die Menschen, auf die Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse Einfluss zu nehmen?



Abb. 25: Drei Dimensionen politischer Organisation

Die drei Fragen hängen eng miteinander zusammen. Aber die Beantwortung einer dieser Fragen beantwortet noch nicht die beiden anderen.

Eine Theorie, die erklärt, welche Klasseninteressen die politische Herrschaft bestimmen, erklärt damit noch nicht, warum sich die Menschheit in einer Vielzahl territorial organisierter politischer Gemeinwesen organisiert hat.

Umgekehrt bedeutet die Anerkennung gesellschaftlicher Funktionen von Staaten weder eine Rechtfertigung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse noch eine Rechtfertigung der bestehenden Staatenordnung.

Die politische Organisation einer nachkapitalistischen Gesellschaft

Diese Unterscheidung ist auch für die Diskussion über die Überwindung des Kapitalismus von Bedeutung.

Wenn die Menschen ihre Produktion nicht mehr den Erfordernissen der Kapitalverwertung unterordnen, sondern ihre materiellen Existenzbedingungen bewusst gestalten wollen, stellt sich die Frage nach den dafür geeigneten gesellschaftlichen Organisationsformen in besonderer Weise.

Die enorme Komplexität der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bleibt bestehen. Ebenso bleiben die Unterschiede der natürlichen Existenzbedingungen, der gesellschaftlichen Entwicklung und der kulturellen Erfahrungen der Menschen bestehen.

Die Überwindung des Kapitalismus beantwortet deshalb noch nicht die Frage, wie die Menschheit ihre gesellschaftlichen Angelegenheiten politisch organisieren kann.

Die bisherigen Überlegungen legen sogar nahe, dass eine differenzierte politische Organisation auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen eine Voraussetzung für die bewusste Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sein könnte.



Abb. 26: Nachkapitalistische Gesellschaft

Es wäre deshalb zu untersuchen, welche gesellschaftlichen Funktionen die historisch entstandenen politischen Organisationsformen weiterhin erfüllen können, welche verändert werden müssen und welche neuen Organisationsformen erforderlich sind.

Politische Eigenständigkeit und Internationalismus

Aus dieser Perspektive lässt sich auch das Verhältnis von politischer Eigenständigkeit und Internationalismus anders betrachten.

Wenn die politische Gliederung der Menschheit nicht allein Ausdruck historisch entstandener Herrschaftsverhältnisse ist, sondern auch gesellschaftliche Funktionen erfüllt, dann muss Internationalismus nicht notwendig auf die Überwindung dieser Gliederung gerichtet sein.

Unter den Bedingungen der gegenwärtigen Weltordnung kann das Streben nach politischer Eigenständigkeit sogar eine Voraussetzung dafür sein, internationale Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse zu überwinden.

Die Bedeutung politischer Eigenständigkeit erschöpft sich allerdings nicht in ihrer Funktion bei der Überwindung internationaler Abhängigkeitsverhältnisse. Sie könnte auch unter anderen historischen Bedingungen eine Voraussetzung gesellschaftlicher Selbstbestimmung sein.

Internationalismus und das Streben nach eigenständiger gesellschaftlicher Entwicklung müssen deshalb nicht im Widerspruch zueinander stehen.

Entscheidend wäre vielmehr, unter welchen Bedingungen die politischen Gemeinwesen ihre Beziehungen zueinander gestalten.

Ein Internationalismus, der die Selbstbestimmung unterschiedlicher Gesellschaften anerkennt, könnte darauf gerichtet sein, die Voraussetzungen für ihre gleichberechtigte Zusammenarbeit zu schaffen.

Dabei würde es nicht darum gehen, die Unterschiede zwischen den Gesellschaften aufzuheben. Es würde darum gehen, die gesellschaftlichen Organisationsformen und die Beziehungen zwischen den Gesellschaften so zu gestalten, dass die Menschen sowohl ihre eigenen als auch ihre gemeinsamen Existenzbedingungen bewusst gestalten können.

Eine Erweiterung der theoretischen Fragestellung

Was bedeutet diese Erweiterung der theoretischen Fragestellung für das Verhältnis von Marxismus und Realismus?

Die politische Vielheit der Menschheit, die der Realismus voraussetzt, kann selbst zum Gegenstand materialistischer Untersuchung werden.

Ausgehend von den Überlegungen von Marx und Engels zu den grundlegenden Bedingungen menschlicher Existenz lassen sich unterschiedliche Dimensionen der politischen Organisation der Menschheit erschließen.

Die marxistische Analyse der Klassen- und Herrschaftsverhältnisse wird damit nicht aufgegeben. Sie wird in einen umfassenderen Zusammenhang eingeordnet.

Die politische Gliederung der Menschheit wird selbst zum Gegenstand einer Untersuchung, die nach ihrer Entstehung, ihrer gesellschaftlichen Funktion und den Möglichkeiten ihrer Veränderung fragt. [8]

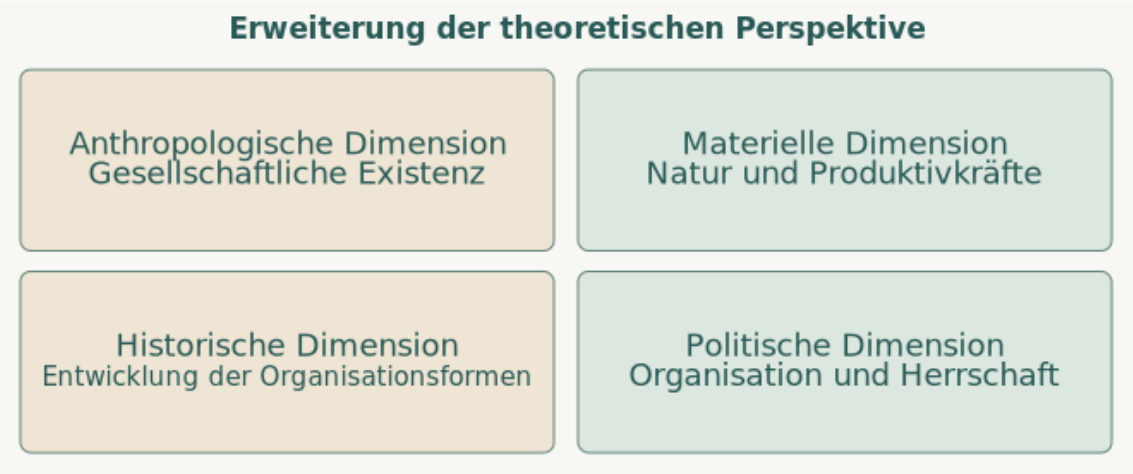


Abb. 27: Erweiterung der theoretischen Perspektive

Was lässt sich mit diesem erweiterten Denkansatz erschließen, und welche Perspektiven eröffnet er?

9. Schlussfolgerungen und Perspektiven

Ist der Marxismus zum politischen Realismus verdammt?

Damit rücken erneut die historischen Erfahrungen in den Blick, die das Verhältnis von Marxismus und politischem Realismus so problematisch erscheinen lassen.

Warum geriet die Arbeiterbewegung 1914 in einen Konflikt zwischen internationaler Klassensolidarität und nationaler Loyalität? Und warum führten Jahrzehnte später Staaten Krieg gegeneinander, deren politische Führungen sich gleichermaßen auf den Marxismus beriefen?

Die bisherigen Überlegungen ermöglichen es, beide Fragen aus einer anderen Perspektive zu betrachten.

Die Menschen gehören unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen an

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs stellte die internationale Arbeiterbewegung vor eine grundlegende Herausforderung. Große Teile der sozialistischen Parteien unterstützten entgegen ihren bisherigen internationalen Beschlüssen die Kriegspolitik ihrer jeweiligen Staaten. Andere widersetzten sich ihr.

Die nationale Zugehörigkeit gewann für viele Menschen in dieser Situation eine größere Bedeutung als ihre gemeinsame Klassenzugehörigkeit. Dass sich andere anders entschieden, zeigt zugleich, dass weder die nationale noch die soziale Zugehörigkeit das politische Handeln zwangsläufig bestimmt.

Die Arbeiter in den kapitalistischen Industriestaaten hatten aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess gemeinsame Interessen, die über die Staatsgrenzen hinausreichten.

8 Die Unterscheidung zwischen Organisationsnotwendigkeit, historischer Form und Herrschaftscharakter ist eine eigene analytische Synthese auf Grundlage der in den Fußnoten 2–7 genannten Ansätze.

Aber ihre konkreten Lebensbedingungen waren wesentlich durch die gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten bestimmt.

Hier hatten sie ihre politischen Organisationen aufgebaut, hier hatten sie um ihre politischen Rechte und um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen gekämpft. Hier befanden sich die gesellschaftlichen Institutionen, auf die sie bei der Sicherung ihrer Existenz angewiesen waren.

Ihre Zugehörigkeit zu einer Klasse war nur eine von mehreren gesellschaftlichen Zugehörigkeiten.

Die nationale Loyalität der Arbeiter lässt sich deshalb nicht von vornherein als Ausdruck eines falschen Bewusstseins betrachten. Auch sie hatte eine gesellschaftliche und materielle Grundlage.

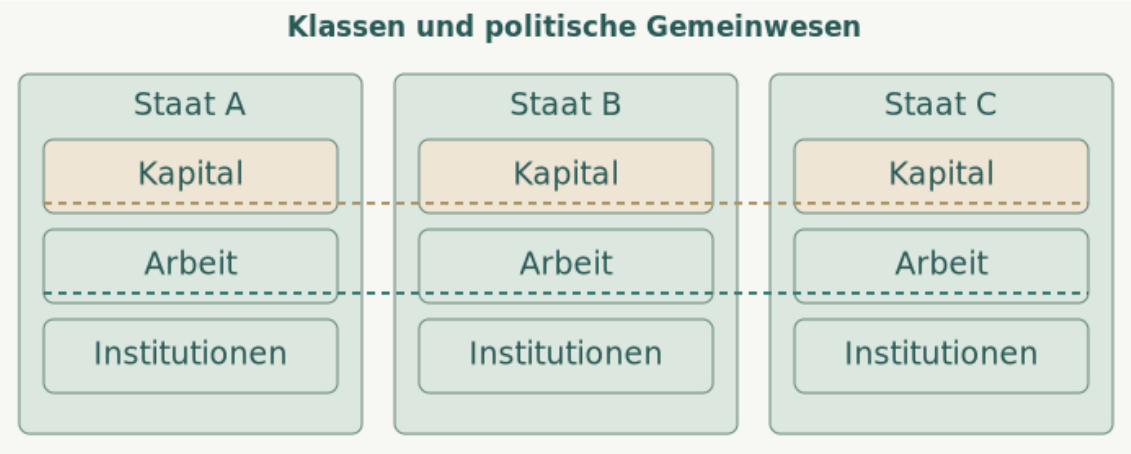


Abb. 28: Klassen und politische Gemeinwesen

Das bedeutet nicht, dass innerhalb eines Nationalstaates eine grundsätzliche Interessengemeinschaft zwischen den Klassen besteht. Es bedeutet auch nicht, dass nationale Loyalität zwangsläufig zur Unterstützung eines Krieges führen muss.

Aber eine Theorie, die das politische Handeln der Menschen allein aus ihrer Klassenzugehörigkeit erklären will, vernachlässigt möglicherweise eine wesentliche Dimension ihrer gesellschaftlichen Existenz.

Gemeinsame gesellschaftliche Ziele beseitigen nicht alle Interessengegensätze

Damit lässt sich auch das historische Rätsel vom Beginn des Essays erneut betrachten: die Kriege zwischen China, Vietnam und Kambodscha 1978 und 1979.

Die gemeinsame Berufung der regierenden Parteien auf den Marxismus bedeutete nicht, dass diese Gesellschaften dieselben Entwicklungsaufgaben zu bewältigen hatten, dieselben gesellschaftlichen Ziele verfolgten und dieselben staatlichen Interessen hatten.

Der hier entwickelte Denkansatz kann die konkreten Ursachen dieser Kriege nicht erklären. Er macht aber verständlich, warum auch eine grundlegende Veränderung der Klassen- und Eigentumsverhältnisse die Möglichkeit von Interessengegensätzen zwischen politischen Gemeinwesen nicht aufhebt. Ihre besonderen materiellen Existenzbedingungen bleiben bestehen.

Politische Gemeinwesen können unterschiedliche Auffassungen darüber haben, wie sie ihre Sicherheit gewährleisten, ihre Produktivkräfte entwickeln und ihre Beziehungen zu anderen Gesellschaften gestalten wollen.

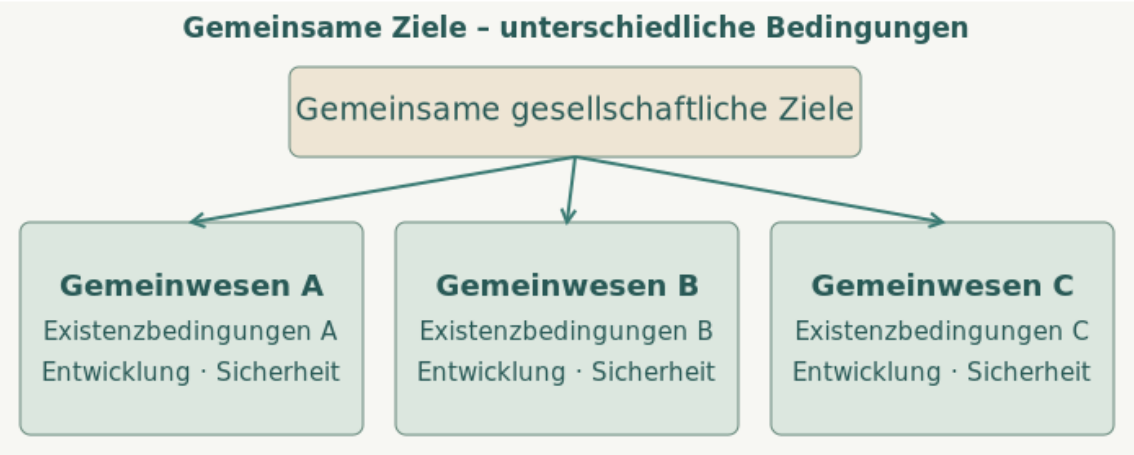


Abb. 29: Gemeinsame Ziele – unterschiedliche Bedingungen

Dass solche Unterschiede bestehen, bedeutet jedoch nicht, dass sie zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen müssen.

Wie die Betrachtung gesellschaftlicher Vielfalt gezeigt hat: Kooperation und Konkurrenz sind sowohl innerhalb als auch zwischen ihnen möglich.

Die politische Vielheit der Menschheit und die Formen ihrer Beziehungen

Hier liegt ein entscheidender Unterschied zwischen dem in diesem Beitrag entwickelten Denkansatz und dem politischen Realismus, wie ihn Lottaz darstellt.

Die bisherigen Überlegungen legen nahe, dass die Gliederung der Menschheit in relativ eigenständige politische Gemeinwesen eine gesellschaftliche Funktion erfüllt und möglicherweise sogar eine Voraussetzung für die Bewältigung gesellschaftlicher Komplexität ist.

Aber daraus folgt nicht, dass die historisch entstandenen Formen der Beziehungen zwischen diesen Gemeinwesen unveränderlich sind.

Auch diese Beziehungen sind gesellschaftliche Verhältnisse, die von Menschen gestaltet werden können.

Die Entwicklung der Produktivkräfte hat die materiellen Existenzbedingungen der Menschheit grundlegend verändert. Sie hat die Menschen weltweit in einen gemeinsamen gesellschaftlichen Produktionszusammenhang eingebunden.

Damit sind neue gesellschaftliche Aufgaben entstanden, die nur durch das Zusammenwirken der politischen Gemeinwesen bewältigt werden können.

Die Frage ist deshalb, welche Formen dieses Zusammenwirkens den heutigen materiellen Existenzbedingungen der Menschheit gerecht werden.

Eine andere Perspektive auf die politische Organisation der Menschheit

Die Alternative zwischen einer Welt miteinander rivalisierender souveräner Staaten und einer Welt, in der die politische Gliederung der Menschheit aufgehoben ist, erscheint vor diesem Hintergrund zu eng.

Denkbar wäre auch eine politische Organisation der Menschheit, in der unterschiedliche Gemeinwesen ihre gesellschaftlichen Angelegenheiten weitgehend selbst bestimmen und bei der Bewältigung gemeinsamer Aufgaben zusammenwirken.

Eine solche polyzentrische Weltordnung könnte die Vorteile einer differenzierten gesellschaftlichen Organisation mit der Fähigkeit verbinden, die gemeinsamen Existenzbedingungen der Menschheit bewusst zu gestalten.

Eine solche Perspektive hat auch Wolfgang Streeck entwickelt. Er stellt einer imperial geprägten internationalen Ordnung die Möglichkeit einer kooperativen, polyzentrischen Ordnung eigenständiger Staaten gegenüber.

Eine solche Perspektive ist keineswegs ohne Anknüpfungspunkte in der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Menschen bereits in vorkapitalistischen Gesellschaften Regeln und Institutionen entwickelt haben, um die Beziehungen zwischen unterschiedlichen Gemeinschaften zu gestalten.

Auch in der modernen Staatenwelt sind solche Institutionen entstanden. Mit der Entwicklung des Völkerrechts, der Gründung der Vereinten Nationen und einer Vielzahl internationaler Organisationen haben die Staaten Formen geschaffen, die es ihnen ermöglichen sollen, ihre Beziehungen auf der Grundlage gemeinsamer Regeln zu gestalten und gemeinsame Aufgaben zu bewältigen.

In manchen Bereichen ist es gelungen, die Zusammenarbeit zwischen Staaten durch gemeinsame Institutionen dauerhaft zu organisieren. In anderen Bereichen, insbesondere bei der Sicherung des Friedens, stoßen diese Institutionen immer wieder an ihre Grenzen. Daraus folgt jedoch nicht, dass solche Formen der gesellschaftlichen Organisation grundsätzlich nicht funktionsfähig sein können.

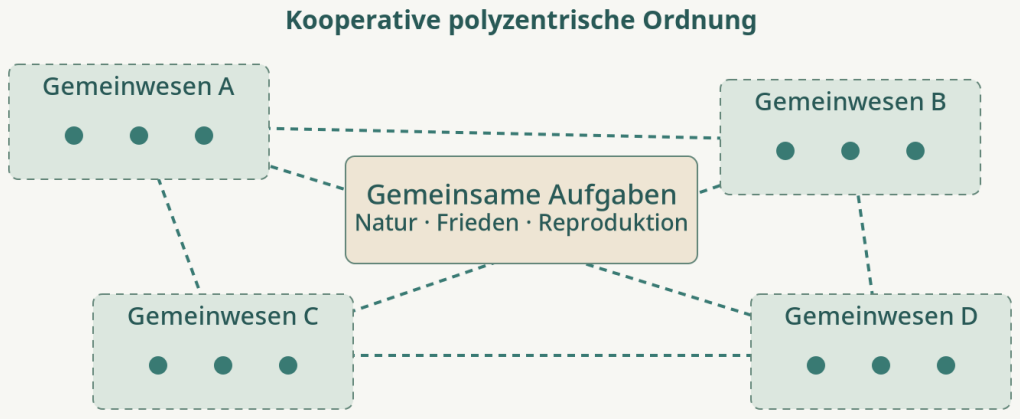


Abb. 30: Kooperative polyzentrische Ordnung

Ein Beispiel für funktionierende internationale Zusammenarbeit ist die Weltorganisation für Meteorologie. Die Staaten haben gemeinsame Regeln und technische Einrichtungen geschaffen, die es ihnen ermöglichen, weltweit erhobene meteorologische Daten auszutauschen und zu nutzen.

Auf diese Weise können sie eine gesellschaftliche Aufgabe bewältigen, die kein Staat allein bewältigen könnte.

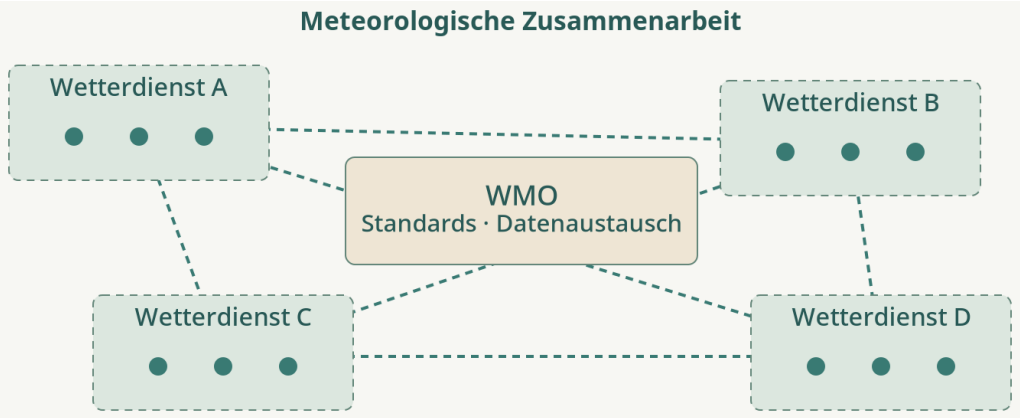


Abb. 31: Meteorologische Zusammenarbeit

Die Funktionsfähigkeit internationaler Institutionen hängt auch von den gesellschaftlichen Verhältnissen ab, unter denen sie arbeiten müssen. In ihnen finden die historisch entstandenen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Staaten ihren Ausdruck.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten internationaler Zusammenarbeit sprechen deshalb nicht grundsätzlich gegen die Möglichkeit einer kooperativen Ordnung eigenständiger politischer Gemeinwesen. Politische Vielheit könnte es ermöglichen, unterschiedliche gesellschaftliche Organisationsformen zu erproben und voneinander zu lernen. Ob und unter welchen Bedingungen eine solche Ordnung möglich ist, bleibt zu untersuchen.[9]

Diese Überlegungen haben auch Konsequenzen für die gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen. Das Streben nach nationaler Kontrolle über die gesellschaftlichen Verhältnisse ist nicht nur in den Ländern des Globalen Südens, die sich aus imperialistischen Abhängigkeiten zu lösen versuchen, von Bedeutung. Auch in den kapitalistischen Metropolen stellt sich die Frage, auf welcher politischen Ebene die Menschen die Kontrolle über ihre gesellschaftlichen Existenzbedingungen zurückgewinnen können.

Der Kampf um nationale Handlungsfähigkeit ist deshalb nicht schon als solcher nationalistisch oder gar faschistisch. Sein politischer Charakter bestimmt sich vielmehr danach, in wessen Interesse die gesellschaftlichen Verhältnisse gestaltet werden sollen, welche Formen politischer Willensbildung dabei zur Anwendung kommen und welches Verhältnis zu anderen politischen Gemeinwesen angestrebt wird.

Internationale Zusammenarbeit und nationale Selbstbestimmung müssen keine Gegensätze sein.

Ist der Marxismus zum Realismus verdammt?

Zwingt die Anerkennung der möglicherweise dauerhaften Existenz eigenständiger politischer Gemeinwesen den Marxismus zur Übernahme des politischen Realismus als umfassenden theoretischen Ansatz?

Aus den hier entwickelten Überlegungen folgt, dass dies nicht notwendig ist.

Ausgehend von den grundlegenden Bedingungen menschlicher Existenz und dem Wechselverhältnis von Produktivkräften und gesellschaftlichen Organisationsformen eröffnen sich weitere Möglichkeiten, die politische Organisation der Menschheit zu untersuchen.

Die gesellschaftlichen Funktionen politischer Gemeinwesen lassen sich untersuchen, ohne von den historisch entstandenen Klassen- und Herrschaftsverhältnissen abzusehen.

Unterschiedliche Interessen politischer Gemeinwesen lassen sich anerkennen, ohne daraus die Unvermeidbarkeit kriegerischer Konflikte abzuleiten.

Die politische Gliederung der Menschheit lässt sich als möglicherweise notwendiges Organisationsprinzip betrachten, ohne die bestehende Staatenordnung für unveränderlich zu halten.

Damit verschiebt sich die theoretische Fragestellung.

---

9 Die historischen Beispiele illustrieren Grenzen rein klassenbezogener Erklärungen, beweisen die Hypothese aber nicht; Parteientscheidungen erlauben keine unmittelbaren Rückschlüsse auf die Motive aller Arbeiter. Streeck entwickelt die Perspektive kooperativer Eigenständigkeit. Die WMO belegt begrenzte institutionalisierte Kooperation; die polyzentrische Ordnung bleibt eine theoretische Perspektive, keine Prognose.

Quellen: *Governments, Parliaments and Parties*, 1914–1918-online: International Encyclopedia of the First World War, Abschnitt „Socialist Parties and the War", 12. Mai 2017; *China–Vietnam: Territorial and Jurisdictional Disputes*, zeitgenössische US-Geheimdienstanalyse, Mai 1979, FRUS 1977–1980, Bd. XIII, Dok. 239 (perspektivisch gebundene Primärquelle, keine abschließende historische Bewertung); Streeck (2021), Abschnitt „Kooperativ statt imperial", S. 490–492; WMO, World Weather Watch und Unified Data Policy, Resolution 1 (Cg-Ext(2021)).

Welche Formen politischer Organisation ermöglichen es der Menschheit auf dem jeweiligen Entwicklungsstand ihrer Produktivkräfte, das menschliche Wohlergehen bestmöglich zu fördern und ein langfristig tragfähiges Verhältnis zwischen Mensch und Natur zu gestalten?

Diese Frage zu beantworten, wäre eine Aufgabe, zu deren Bewältigung der Marxismus einen wesentlichen Beitrag leisten könnte.